Groß-Berlin: Freitag, 11. Juli, in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen

er durch die Volksmeinung die Rechtmäßigkeit seiner Regierung sich bestätigen. Er errang einen gewaltigen Sieg, und wenn es auch zutrifft, daß Knüppel und Schießeisen bei den Wahlen ihre Ueberzeugungskraft oft noch geltend gemacht haben, es wirkten agitierend doch noch mehr die Beweise der Besserung der Zustände im öffentlichen Leben. Hier sind Dinge vollbracht worden, über die alte Italienkenner aus dem Staunen nicht herauskommen."

Also mit anderen Worten möchte dieser „edle Pazifist" solchen Faschismus in Deutschland auch, der übrigens sich schon ganz schön unter dem Reichsbanner schwarz-rot-gold nebst den Wehrwölfen und wie die Windjackenjungs alle heißen, entwickelt. Und dies ist die gefährliche Tendenz aller kleinbürgerlichen pazifistischen Heuchler und Schreier, die gegen das Proletariat jede Gemeinheit und Brutalität als gerechtfertigt hinstellen und über jede Gegenwehr, auch die gelindeste, des Proletariats Zeter und Mordio schreien und bolschewistische Verhetzung und Verwilderung in den Klassenkämpfen des Proletariats erblicken.

Diesen jammernden Heultonnen der Bourgeoisie, die dem Proletariat immer im entscheidenden Augenblick mit dem Gesicht des harmlosesten und edelsten Freundes entgegentreten und in den Arm fallen, muß das Maul so gründlich gestopft werden, daß sie ihren Heulton nicht mehr von sich geben können.

Wer in diesem verfaulenden Gesellschaftssystem, wo Millionen verrecken müssen, wenn es bestehen bleibt, der ausgebeuteten Klasse Gewaltlosigkeit predigt, ist entweder ein Dollbregen oder ein bewußter Hallunke.

Beider hat sich das Proletariat zu erwehren.

Michlichs Ausschluß „gewünscht"

Denn daß ihr Ausschlußantrag ernst genommen wird von den oberen „altbewährten Führern", glauben doch wohl selbst die Arbeiter der SPD. von Hasche nicht, die am 2. Juli in einer Mitgliederversammlung einstimmig obiges „beschlossen". Eigentlich sollten sie sich was schämen, gegen solchen „verdienten Genossen" wie Mehlich etwas zu unternehmen, der doch nur versucht, allen anderen, wie Severing, Hörsing, Ebert, Noske, Auer, Grützner gleichzukommen.

Von den Kleinbürgern, den Führern, die um ihre Existenz kämpfen im Kapitalismus und dies nur auf Kosten der Arbeiter tun können, kann man nichts anderes erwarten, aber von den Arbeitern der SPD. kann man mittlerweile doch etwas mehr Begriffsvermögen voraussetzen. Jeder Spaß muß doch mal ein Ende nehmen.

Er hat die Nase voll und geht doch wieder wählen

nämlich der Proletarier, der das Versagen des Parlamentarismus nur auf die Parlamentarier schiebt und der glaubt, daß, wenn da lauter charakterfeste, ehrliche und selbstbewußte Männer sitzen, es dann besser wäre oder schließlich werden könnte. Einen Tag nach der Haussuchung bei den Parlamentskommunisten hatte sich der zu Hunderttausenden umherlaufende Typ von Proletarier in das „hohe Haus des Volkes" begeben, um zu sehen, wie sich die Affentheater dort abspielt. Er schreibt darüber der „Welt am Abend" vom 5. Juli folgende trefflichen Sätze:

„Ich habe den Parlamentarismus ein paar Stunden genossen. Ein paar Stunden nur — aber ich habe die Nase voll für immer. Ich will nichts mehr davon hören. Wenn nur alle Arbeiter und Beamten Gelegenheit hätten, in diesen Getriebe hineinzusehen — sie würden, wie ich, die letzten Illusionen fallen lassen."

Aehnliche Sätze, nur auf eine andere Körperschaft angewandt, sind uns noch aus der „Roten Fahne" im Gedächtnis, wo mal ein Berichterstatter der „Roten Fahne" einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission beiwohnte. Ungefähr zwei Jahre sind es her, als die Wogen der Eroberung der Gewerkschaften sehr hoch gingen und Millionen Proletarier glaubten, daß ihr Wille respektiert werden könnte in den höheren Regionen der bürokratischen Organisationen. Zu denjenigen, die ehrlich an die Eroberung der Gewerkschaften glaubten gehörte auch der Berichterstatter. Doch die eine Sitzung diktiert ihm ungefähr folgende Sätze in die Feder:

„Wer sie gesehen hat, all die bürgerlich behäbigen, ergrauten und stolzen Gestalten, die wie Mumien da saßen und für die es keine Massenbewegung im Betrieb und auf der Straße gab, dem wird es nicht wundern, daß es nicht vorwärts gehen will in der Eroberung der Gewerkschaften. Würden die Arbeiter und Angestellten mal solcher Tagung ihrer Vertreter beiwohnen, sie würden einen Ekel vor ihren „Vertretern" empfinden."

Die heutigen Worte über den Parlamentarismus in der „Welt am Abend" erinnern so recht an die damaligen Sätze in der „Roten Fahne", die jedenfalls nur aus Versehen hineingekommen waren.

Es ist nun müßig und leicht, auf die häßlichen und schlechten Abgeordneten und auch Bonzen zu schimpfen. Sie waren nicht alle schlechte Burschen, als man sie aufstellte und wählen ließ. Aber das müssen die Proletarier erkennen, daß in dem System der Bürokratie, in dem System des Parlamentarismus alle, alle diesen Bedingungen unterliegen. Daß sogar ein Karl Liebknecht in den geschichtlich wichtigen Tagen des August von 1914 aus Parteidisziplin bei der erstmaligen Bewilligung der Kriegskredite sich der Stimme enthielt. Was er sofort nachher als Schwäche erkannte und seine spätere Tätigkeit nur die verzweifelten Versuche darstellten, mit der alten, überlebten Waffe des Parlamentarismus noch etliche Verzweiflungsstreiche gegen den Feind zu führen, der im Parlament von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken vertreten war. Immer wieder stand auf seinen Flugblättern 1918 im Sommer: „Deutsche Soldaten und Arbeiter! Von Wilhelm dem Hohenzollern bis zu Scheidemann, dem Ministerfrack, reicht die Front eurer Feinde." Für die Proletarier, die von der Eroberung der Gewerkschaften und dem Parlamentarismus sowie von den gesetzlichen Betriebsräten die Nase voll haben, die aber trotzalledem den Kommunismus als neue Gesellschaftsordnung wollen, heißt es, sich endlich der Organisation von klassenbewußten Arbeitern anschließen, die aus allen Kämpfen und Niederlagen des Proletariats die richtigen Schlußfolgerungen gezogen hat, das ist die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Alle Kämpfe seit 1918 sind gescheitert und mußten scheitern, weil große Massen auf die Führung von oben warteten und weil dem anderen Teil die Einsicht in die tieferen Zusammenhänge der ökonomischen und somit auch der politischen Umwälzung fehlten.

Dieses fehlende Selbstbewußtsein im Proletariat zu wecken, stärken und festigen, ist die dringendste Aufgabe aller Revolutionäre, die den Kommunismus, die Bedarfswirtschaft wollen.

Die Massen immer wieder zur Wahlurne treiben, wenn auch mit recht radikalen Worten, heißt sie in ihrem Entwicklungsprozeß lähmen, heißt sie immer wieder zurückstoßen und auf neue an „gute Führer" glauben lassen, die ihnen die Arbeit zum größten Teil abnehmen sollen.

An alle Mitglieder der KAPD.

Von der Ortsgruppe Hamborn a. Rh. geht uns zwecks Veröffentlichung folgender Aufruf zu:

Werte Genossen! Um die revolutionäre Presse zu erhalten und zu stärken, sind wir gezwungen, eine Pressemumlage pro Mitglied von Einer Mark zu erheben.

Ihr alle wißt, daß wir uns von der KPD. in der Gewerkschaftsfrage, sowie Parlaments- und Parolenpolitik grundsätzlich unterscheiden. Es ist daher die Pflicht aller Genossen, mitzuhelfen die „KAZ." unter die in der KPD. umherirrenden Revolutionäre zu bringen.

Die demnächst hereinbrechenden Kämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten werden gewaltiger sein als alle bisher dagewesenen. Eine gründliche Aufklärung in allen der Arbeiterschaft angehenden Fragen schafft die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung".

Darum Genossen alle ans Werk!

Es kann darum für die Proletarier der KPD. nicht nur heißen, wir haben die Nase voll vom Parlamentarismus, sondern es muß nun positiv ergänzend der Kampf gegen alle parlamentarischen Organisationen einsetzen um die Einigung im revolutionären Sinne, antigewerkschaftlich, antiparlamentarisch und antigesetzlich vorzubereiten.

Die KAPD. und AAU. sind die einzigen proletarischen, revolutionären, kommunistischen Organisationen, die alle Brücken mit dem Bürgertum abgebrochen haben und darum nicht bürgerlich korrumpiert und versucht sind. Sie beide sind Kinder der Revolution. Wer sie stärkt durch seinen Beitritt, stärkt die proletarische Revolution und erleichtert in der Endauswirkung den Sieg der proletarischen Klasse über die Bourgeoisie mit ihrem Anhängsel, dem sehr gefährlichen Kleinbürgertum, wozu auch die Gewerkschaftsbürokratie und die Parlamentarier gehören.

Aussperrung der Hamburger Bauarbeiter beschlossen. In Hamburg versucht ein Teil der Bauarbeiter durch Teilstreiks eine Erhöhung der Löhne um 10 bis 15 v. H. zu erringen. Daraufhin haben nun die Unternehmer beschlossen, die Bauarbeiter im Groß-Hamburger Stadtgebiet am 7. Juli auszusperren und am 12. Juli alle Zimmerer und Baumaschinisten zu entlassen. Inzwischen ist die Aussperrung am Montag eingetreten. 10 000 Arbeiter werden davon betroffen.

Wirtschaft

Weitere Stillegungen

Die **Kaliwerke Aschersleben** haben ihr Kaliwerk Hattorf stillgelegt. Als Grund wird Absatzmangel angegeben.

Die **Ilseder Hütte** hat auf ihrem Werk in Lengede wieder einer größeren Zahl von Arbeitern gekündigt, so daß die Gesellschaft nur noch 1000 Arbeiter beschäftigt und somit fast zum Stilliegen kommt.

Die **Zellstoffwerke Regensburg A.-G.**, die der Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei hatten, sind infolge Absatzmangel stillgelegt worden.

Nachdem die **Vopelius- und Wenzelschen Glashütten** (Saargebiet) bereits am 31. Mai ihre Betriebe geschlossen hatten, ist nunmehr auch die Lautzental-Glashütte in St. Ingbert (400 Arbeiter) stillgelegt worden.

Aus Hagen kommt die Meldung, daß die Stillegung der „Roten Erde" der Union nunmehr von der Regierung in Arnsberg genehmigt worden ist. Durch die Maßnahme werden viele Hunderte von Familienvätern arbeitslos.

Die **Ziehl- und Stanzwerke Hermann v. Roda A.-G.** in Niederscheiden haben seit einigen Tagen ihren Betrieb stillgelegt.

Aussperrung in Niederschlesien

Unverständliches Verhalten des Proletariats.

In Niederschlesien haben die Hüttengewaltigen die ganzen Werke stillgelegt und die Lohnskalven ausgesperrt. Es kommen folgende Werke in Frage: Wilhelmshütte A.-G., Eulau; Hermsdorfer Eisen- und Emaillierwerk A.-G., Primkenau; Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Kotzenau; Eisenhüttenwerk Carlshütte A.-G., Mallmitz; Eisenhütten- und Emaillierwerk; W. v. Krause, Neusalz, Eisenhütten- und Emaillierwerk; Paulinenhütte, Neusalz; Hermannshütte, Gremsdorf; Friedrichshütte A.-G., Grenlich; Fürstl. zu Solmsches Eisenhüttenwerk, Lorenzdorf; Eisenhüttenwerk Ottilienhütte, Kittlitztreben.

Die Aussperrung erfolgte anläßlich der Nichtanerkennung eines Schiedsspruches der Unternehmer, der etliche Pfennige mehr für die Proleten vorsah. Trotzdem nun die Knute der Profithyänen unbarmherzig auf das Proletariat herabsaust und die grinsende Not in den elenden Löchern der Arbeiter tätlicher Gast ist, geht das Proletariat getreu den Anweisungen seiner Gewerkschaften hin und verrichtet seinem Klassenfeind die Notstandsarbeiten, damit nur nicht die Profit- und Ausbeutungsquellen in Gefahr kommen. Wievieler Niederlagen bedarf es wohl noch, bis das Proletariat begreift, um was es geht?

Ausland

Indien

Gandhi und der englische Imperialismus.

In dem Pariser kommunistischen Gewerkschaftsblatt „La Vie ouvrière" (Arbeiter-Leben) vom 13. Juni 1924 wird der Führer der nationalen Freiheitsbewegung Indiens Mahatama Gandhi wie folgt geschildert:

Es herrscht gegenwärtig über die von Gandhi in Indien betriebene praktische Politik in der abendländischen (europäischen) Presse die größte Verwirrung. Sei es wegen der stark abweichenden Originalität der von dem großen indischen Führer empfohlenen Kampfmethoden, sei es die Unkenntnis der seinem Lande eigentümlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, seine Tätigkeit begegnet in Europa völligem Unverständnis. Die englische Propaganda, die sich des Mittels der Nachrichtenbüros und der englischen Presse bedient, hat leichtes Verwerk, die Welt glauben zu machen, daß der Führer der indischen Bewegung der Gewaltlosigkeit und Nichttheilnahme aus dem Kerker entlassen geneigter schien, sich mit der britischen Regierung zu verständigen oder wenigstens eine vershöhnliche Haltung gegen letztere einzunehmen.

Dennoch bestätigen uns soeben alle von ihm seit seiner Freilassung abgegebenen Erklärungen sein Festhalten bis zum äußersten an seine Kampfmethoden gegen die englische Macht, Methoden, die mit dieser letzteren keinen Kompromiß zulassen. Seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis hat er erklärt, ein unauslöschlicher Gegner der englischen Herrschaft in Indien zu bleiben und nichts von England zu erwarten, wobei er mehr als je die Methode der Nichtbeteiligung oder Verweigerung der Zusammenarbeit mit der fremden Macht als einziges Mittel zur Befreiung seines Landes zu gelangen, empfohlen hat." Wie ehemals, hat er sich durchaus mißtrauisch geäußert gegenüber den gewundenen Methoden der britischen Politiker, deren Politik nach seiner Ansicht „nur eine lange Reihe gebrochener Versprechen" gewesen ist.

Als man von der Arbeiterregierung Mac Donalds sprach, erklärte er gleich anfangs: „Ich setze keine Hoffnung auf ihn, da er der Sklave einer alten Ueberlieferung ist, die sich von Generation zu Generation als wesensverwandt mit der imperialistischen Politik fortpflanzte, von der er sich nicht wird loslösen können! Darüber hinaus hat er eine schwankende, unsichere Stellung und hängt in mancher Hinsicht vom guten Willen der anderen Parteien ab. Auch wird er nicht zögern, Indien zu opfern, um dadurch an anderen Punkten seine Unterstützung zu finden, und diese Schwäche wird es mit sich bringen, daß er uns noch nachteiliger und schädlicher werden wird als die vorhergehenden Regierungen." Erst ganz kürzlich noch sollte sich Gandhi über die Teilnahme an den Wahlen zu den gesetzgebenden Räten durch die Mitglieder des Nationalkongresses äußern. Auch dort bleibt er wie früher Gegner dieser Beteiligung, da der von der swarajistischen Partei gemachte Versuch nach seiner Auffassung fruchtlos gewesen war. Seiner Meinung nach ist es die geringste Abweichung von dieser Methode, die das Kampffeld auf einen für Intrigen und Bestechlichkeit günstigen Boden verschiebt, was sich unglücklicherweise verwirklicht hat, und woraus sich eine leichtfertige Vergeudung von Kräften ergibt. Aber gleichzeitig vereitelte er sehr geschickt die Hoffnungen der Feinde Indiens, die auf eine neue Spaltung im Schoße des Nationalkongresses rechneten, indem er sich verpflichtete, die Aktionsfreiheit der Partei zu achten, sobald diese letztere sich dem Geiste der Nichtbeteiligung angepaßt haben würde.

Getreu seinem Vorgangsweise als Agitator laufen seine Lieblingspläne natürlich auf die Aktion der Massen hinaus, die er vor allem einer eisernen Disziplin unterwerfen will. Auch empfiehlt er die methodische und energische Vorbereitung zum bürgerlichen Ungehorsam oder zur Weigerung, die (bürgerlichen) Gesetze zu achten und insbesondere zur Verweigerung der Steuerzahlung, eine Methode, die seiner Ansicht nach für die indische Bevölkerung die annehmbarste ist, um gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen.

Wie man sieht, hat Gandhi entgegen dem, was die Engländer propagieren, mehr wie je den Beweis einer stärker betonten Unversöhnlichkeit dem englischen Imperialismus gegenüber geliefert, und diese Unversöhnlichkeit hat zur Voraussetzung, daß er hinsichtlich des endgültigen Ausganges dieses furchtbaren Ringens Optimist bleibt.

Luxemburg.

Bedrohung des Achtstundentages.

Auch in diesem Zwergstaat folgen die Unternehmer dem Beispiel, das ihnen von Deutschland, Österreichischen usw. Vorbildern gegeben wurde, und wollen eine Tarifverträge nur unter der Bedingung abschließen, daß die Arbeiter sich mit einer Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklären. Infolge dieses vom Vorsitzenden des Industriellenverbandes eingenommenen Standpunktes ist es einem bedeutenden Metallkonzern bereits gelungen, die zeitweise (vorübergehende) Aufhebung des Achtstundentages zu erreichen. Wie überall, so unterstützt auch hier die Regierung die Forderung der Industriellen. Die Gewerkschaften Luxemburgs haben eine Entschließung angenommen, nach der dieser Angriff auf die Lebensinteressen der Arbeiterklasse mit allen Kräften zurückgewiesen werden soll.

Doch welche Bedeutung diesen Beschlüssen beizulegen ist, weiß das revolutionäre Proletariat sehr gut. Eher läßt die Katze das Mausen, denn die Gewerkschaften das Bauchrutschen. Was übrigens die Bourgeoisie auch sehr gut, ja sogar besser und gründlicher begriffen hat als das Proletariat.

Der Riesenhauarbeiterstreik in England, der sich auf 700 000 Arbeiter erstreckt, hat am 3. Juli begonnen. Bekanntlich wollten erst die Unternehmer aussperren. Diese haben jedoch ihre Aussperrung um 1 Woche verschoben, worauf dann die Arbeiter den Spieß umdrehten und die die Verhandlungen scheiterten, zum Streik übergingen.

Mitteilungen

KOMMUNISTISCHE ARBEITER-JUGEND DEUTSCHLANDS

Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen

Bezirks-Konferenz

Sonntag, den **13. Juli 1924**, vormittags **10 Uhr**, in **Essen**. Jede Gruppe der Jugend, auch der Partei und Union, muß vertreten sein. Bezirksleitung der KAJ.

Gruppe Essen: Jeden Montag und Donnerstag Gruppenabend bei Quest, Hundebrinkstraße 21.

Die Gruppenleitung.

Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Gruppe Norden: Oeffentliche Versammlung Donnerstag, den 10. Juli 1924, abends 7 Uhr, Lokal Zietz, Brunnenstraße 101. Thema: Was ist und will die KAJ. Genossen! Erscheint in Massen!

Groß-Berlin

Achtung! Hauptausschuß-Berliner Arbeitsausschuß sowie an alle eingeladenen Mitglieder. Nächste Sitzung am Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, Schule Gipsstraße. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

18. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr. **Bezirksmitglieder-Versammlung** in Copenick, Rosen- Ecke Kirchstraße, Lokal Augustin. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Bezirksleitung.

Berichtigung

In der „KAZ." Nr. 52 ist uns in dem Artikel: **Ursprung des linken Kurses" der 3. Internationale** — ein Fehler unterlaufen, und zwar muß es im ersten Absatz in der vorletzten Zeile nicht („KAZ." 85 und 93), sondern (**Proletarier" 15 und 17**) heißen.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Heilig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 169.

5. Jahrg. Nr. 53-54

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 20. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 68.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Demaskierung der Diktatur

Es ist eine klare, allbekannte Tatsache, daß in Italien die Diktatur herrscht. Die Ergreifung der Macht durch den Diktator spielte sich offen vor den Augen der Welt ab. Jeder weiß, woran er ist, innerhalb und außerhalb Italiens. Daß es noch eine Kammer, ein Parlament, ja sogar gewissermaßen einen König gibt, führt niemanden irre. Deswegen wird es niemandem einfallen, Italien für ein demokratisch-parlamentarisch regiertes Land mit einem konstitutionellen Monarchen an der Spitze zu halten. Mussolini selbst hat es immer für unsinnig seiner Würde gehalten, aus der Diktatur ein Hehl zu machen. Erst in einer seiner letzten Kammerreden, nachdem er nach der unseligen Affäre Matteotti gerade wieder festen Boden unter den Füßen spürte, grollte er gereizt „er könne auch ohne Parlament regieren".

Es kann daher niemanden Wunder nehmen, wenn unter dem 8. Juli aus Rom gemeldet wird, daß ein **Dekret über die Presse**, das Mussolini ein Jahr lang bei den Akten bewahrte, jetzt verkündet worden und mit der Verkündung in Kraft getreten ist.

In der Hauptsache bestimmt das neue Dekret, daß der vom Präfekten anzuerkennende verantwortliche Leiter eines Blattes dessen Chefredakteur oder wenigstens einer seiner Hauptredakteure sein müsse, die aber nicht Senatoren oder Abgeordnete sein dürfen. Der Präfekt kann das Blatt warnen, wenn es durch falsche oder tendenziöse Nachrichten die diplomatische Aktion der Regierung hindere, den nationalen Kredit im Ausland oder im Inland schädige, wenn es unberechtigt Alarm hervorrufe oder irgendwie die öffentliche Ordnung störe, wenn es zum Kleiner Zwecke Angriffe gegen Personen über den Behörden auftrete, wenn es die Disziplin unter den Angestellten eines öffentlichen Betriebes störe, wenn es die Interessen fremder Staaten oder privater Ausländer auf Kosten der nationalen Interessen vertrete, wenn es das Vaterland, den Staat, die Staatsreligion, die Staatsbehörden und befreundete Mächte verächtlich mache. Die Warnung erfolgt durch den Präfekten nach Anhörung einer Kommission, die aus zwei Richtern und einem Journalisten besteht. Ein Blatt, das innerhalb eines Jahres zweimal gewarnt worden ist, verwirkt das Recht, einen verantwortlichen Redakteur zu erhalten, d. h. es muß eingehen.

Der Inhalt des Ediktes entspricht ungefähr den Vorschriften über die Presse, die bei Kriegsausbruch oder während eines Belagerungszustandes in allen Staaten Europas in Kraft zu treten pflegen. Es ist sogar noch um einiges Grade milder gehalten, da die Warnung sogar erst nach Aufhörung einer Kommission erfolgt. Ein Land, das diktatorisch regiert wird wie Italien, lebt unter dem Belagerungszustand in Permanenz. Und deshalb ist es gar nicht weiter erstaunlich, daß dementsprechend Vorschriften für die Presse ergehen. Erstaunlich ist vielmehr, daß sie erst jetzt ergehen, nachdem Mussolini bereits zwei Jahre währt. Höchst erstaunlich, daß der Diktator, ohne dessen Willen seit zwei Jahren kein Sperling vom Dache fällt, das beliebteste Versuchsobjekt aller Regierungsdilettanten, die Presse, ohne ministerielle Aufsicht gelassen hat. Natürlich war diese Presse „Freiheit" genau so von Strafexpeditionen gegen sozialistische Druckereien und Redaktionskuren gegen mißliebige Redakteure begleitet wie jedes „Recht" des nicht faschistisch abgestempelten Volkes. Aber das war doch nur eine Kontrolle, die inoffiziell von, gegebenfalls, Unverantwortlichen ausgeübt werde. Der „Herzog" selbst der sonst mit dem Revolver in der Hand drauf los regierte, ließ die Freiheit des Wortes klugerweise in Ruhe.

Daß er sich jetzt zu diesem Schritt entschlossen hat, ist eine Nachwirkung der Affäre Matteotti und zugleich ein Beweis, wie wenig sie dem Regime des Faschismus hat anhaben können. Die Schwäche der Opposition hat Mussolini gestattet, aus dem Rückzug von neuem zum Angriff überzugehen. Aber an Einhalten seines vielgeübten Diktators ist das Dekret als Mittel zu bezeichnen. Man verwechselte sich doch gewaltig, wenn die Handhabung der Pressebestimmungen, z. B. in Deutschland während des Krieges. Oder wie eine „völkische Diktatur" von Gnaden Ludendorffs von ersten Tage an mit der Presse umsprungen wurde.

Die Zeitungen Italiens haben denn auch das Dekret sehr ruhig und mit einem mehr platonischen Protest aufgenommen. Der letztere: Ausschuß der italienischen Pressevereinigung hat eine Tagesordnung angenommen, in der von allen Zeitungen und Journalisten eine solidarische Stellungnahme gefordert wird und das Direktorium der rechtsliberalen Partei spricht aus, „daß das Edikt, durch die augenblickliche Lage bedingt, nur provisorischen Charakter habe und der völligen Freiheit der Presse hoffentlich bald wieder weiche". Man sieht, der Wind bläst nicht mehr so heftig wie noch vor 14 Tagen. Man weiß, die Diktatur ist wieder stabilisiert und solange die Kraft nicht ausreicht, sie zu stürzen, muß man die Konsequenzen schlucken.

Nur eins verwundert. Bekanntlich hat sich Mussolini, als es die Erregung über den Mord an Matteotti abzuschwächen gab, auf ein Land berufen, das mit bedeutend mehr Gewaltsamkeit nicht einen, sondern 400 politische Morde erledigt hat, ohne an internationalem Ansehen einzubüßen — Deutschland. Dieses Land scheint Mussolini zu imponieren; vielleicht empfindet er, daß der permanente Vollzehrung hier noch bedeutend virtuoser ausgeübt wird als bei ihm. Und es ist gar nicht so unwahrscheinlich, daß er sich erst entschlossen hat, sein Preßdekret zu stärken, als er las, daß sein Kollege Fettmatz in Deutschland am 17. Juni einen ähnlichen Wisch unterschrieb. Dies ist es, was verwundert; daß der Diktator sich bei seinem Vorsitz gegen die Presse nicht wiederum auf die „sociale Republik" den „freiesten Staat der Welt", auf Deutschland berufen hat.

Er hätte es mit vollem Recht gekonnt. Denn die Verordnung, die der Herr Minister des Innern Severing auf Anordnung des Herrn Reichspräsidenten unterm 17. Juni im Reichsgesetzblatt verkündet ließ, ist ein würdiges Stück Diktatur. Nach ihrem Kern können alle Druckschriften verboten werden, „die zur Verletzung oder zum Ungehorsam gegen die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Verordnungen auffordern". Sehr treffend, wie das deutsche Volk hier wieder an seine Gehorsamspflicht erinnert wird, die es allen Behörden gegenüber zu tätigen hat. Aber auch inhaltlich sehr bemerkenswert. Bekanntlich geschieht ja nichts in Deutschland, was nicht „von einer Behörde innerhalb ihrer Zuständigkeit verordnet" wäre. So daß die leiseste Kritik etwa an der Preiserhöhung der Stadtbahn und der Zweckmäßigkeit des Badeverbots im Dorfteich von Zeckerzin in Konsequenz der neuen Verordnung zum Verbot der Zeitung führt, die solche Kritik gewagt. Man wende nicht ein, daß die ernsthafte Erörterung dieser Verordnung nicht das dazu verdruckte Papier wert sei. Diese Verordnung ist bereits geschehene und man sieht man, wohin die Reise geht: auf Grund dieser Verordnung ist nämlich das 141jährige Verbot der „Roten Fahne" und der „Deutschen Zeitung" erfolgt. In der Begründung des Verbots heißt es, die „Rote Fahne" habe in einem Artikel die Methoden des Bürgerkrieges insbesondere den Terror abgelehnt, in einem anderen Artikel festgestellt, daß Deutschland seit Jahren sich im Bürgerkrieg befinde. Aus der Konstruierung beider Artikel müsse gefolgert werden, daß die KPD. beabsichtige, die Methoden des Bürgerkrieges insbesondere den Terror außer in der nächsten Zeit praktisch anzuwenden! Dabei das Verbot. Zu diesem Tatbestand reichte allerdings das Prädigewitz von 1874 nicht mehr aus. Und es fehlt in der „Begründung" des Verbots auch noch der Passus: „da der Bürgerkrieg von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit nicht verordnet ist, . . ."

Politisch unbequeme Zeitungen sollen nach Belieben geschlossen werden, das ist der Sinn der Verordnung, auch wenn

Erfolgreiche Junkeroffensive

Beschleunigte Auswanderung nach den Begräbnisstätten

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichsminister der Finanzen unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft der Entwurf eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer nebst Begründung zur Begutachtung vorgelegt worden, der am 15. Juli im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates zur ersten Beratung stehen wird. Wie die Telegraphen-Union mitzuteilen in der Lage ist, hat der Gesetzentwurf im wesentlichen den folgenden Inhalt:

Art. I behandelt die Zölle.

Nach § 1 ist vorgesehen, die Bekanntmachung betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 352) aufzuheben, soweit sie sich auf die Nummer 1, 2, 3, 4, 29, 103, 104, 105, 109, 109 des Zolltarifs bezieht (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch und Schweinespeck), desgleichen die Bekanntmachung über vorübergehende Zollerleichterungen vom 27. Mai 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 317; frische Küchengemüse).

§ 2 will die Geltungsdauer des Gesetzes über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 767) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 mit der Maßgabe bis zum 30. Juni 1926 verlängern, so daß die Reichsregierung ermächtigt ist, bei folgenden Nummern des Zolltarifs die Zölle ohne Rücksicht auf die am 31. Juli 1924 geltenden Vertragsbestimmungen zu erhöhen: Getreidereinheit von 1100 Kilogramm aus 219, 176, den Zollsatz für Gerste unter 4 Mark für Malz und Doppelmutter nur für Gerste zur Viehfütterung unter Zollbeleuchtung festzusetzen.

Durch § 3 soll die Reichsregierung bis zum 30. Juni 1926 ermächtigt werden, auszusetzen, ob und inwieweit § 11 Ziffer 1 Abs. 1 des Zolltarifgesetzes vom 26. Dezember 1902 (Reichsgesetzblatt Seite 303; Erteilung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Roggen, Weizen, Hafer und Gerste) Geltung haben soll.

§ 4 verlängert die Geltungsdauer des Gesetzes über die Ermächtigung zu vorübergehenden Zollabänderungen vom 5. August 1922 (Reichsgesetzblatt I, Seite 709) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 bis zum 30. Juni 1926.

Im Artikel II wird dann als Ausgleich die Herabsetzung der Umsatzsteuer von zweieinhalb v. H. auf 2 v. H. erwähnt, so daß mit einer empfindlichen Verteuerung der Lebenshaltung nicht recht zu rechnen ist.

In ihrer Begründung führt die Regierung an, daß gegenüber der gefährlichen sich ständig verschärfenden Krise, in der die Landwirtschaft sich befindet, Schritte unternommen werden müssen. Die Preisverhältnisse zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten ist zu groß und muß ausgeglichen werden, d. h. die Lebensmittel sind für die Proleten viel zu billig, ihnen geht es noch viel zu gut.

Für Proletariat recht vielsagend ist noch folgender Satz betreffend des Viehes.

Die Entwicklung der deutschen Viehbestände in der Nachkriegszeit hat langsam eine Besserung erstehen. Wie die Vieh- und Schweinebestände der letzten Monate zeigen, wird der deutsche Viehbestand in der Lage sein, den gegen die Friedenszeit stark verminderten Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu decken.

Es muß tatsächlich immer erst eine amtliche Stelle kommen, die, dem deutschen Michel „amtlich" bestätigt, daß es ihnen dreckig geht und daß es durch die jahrelangen Erfolge seiner Gewerkschaften und die vielen Siege seiner Führer kaum noch geradeaus gehen kann.

Der „Vorwärts" nun, das Berliner Volksblatt, wie er sich auch noch nennt, ist nun in die Zwickmühle geraten. Grundsätzlich, heulmeiert er immer wieder, sind wir, nämlich die Laktaien, die SPD. für eine positive Unterstützung der Landwirtschaft; denn der geht es dreckig. Aber so geht es doch nicht. Anläßlich der Stabilisierungskrise ist doch jeder auch nur kleinste Versuch eines Ausgleiche durch Lohnerhöhung ausgeschlossen. Dazu noch die dauernden Mietssteigerungen. Alles trifft die Arbeiterschaft. Die Regierung scheint sich darüber keine Kopfschmerzen zu machen. So in diesem Tone heulmeiert der Hauskneicht.

Doch nicht etwa, daß es der Arbeiterschaft schlecht geht, sondern weil diese Burschen wissen, daß allzu scharfes Vorgehen scharfig machen kann. Sie sind mehr für das langsame und darum sichere Hinuntergleiten in die vielbeine Lebenshaltung des Proletariats; denn daß diese notwendig ist und kommen muß bei der weiteren Existenz der Profitwirtschaft, wissen diese „Marxisten" nur zu gut. Doch wiederum ist die Krise so stark und so tief, daß nur ganz tiefeinschneidende Maßnahmen für den Augenblick eine Erleichterung bringen können. Jede Sentimentalität, jede Gefühlsduselei, jede auch noch so kleine Buchstabenhaue auf die beherrschte und unterjochte Klasse bedeutet für die herrschende Zeitverschiebung. Und Zeit ist heute wie stets für den Bourgeois Geld.

Die Sozialdemokratie, die die stärkste Verfechterin der Durchführung des Dawes-Planes ist, muß ja auch, und dies weiß ja auch die Bourgeoisie ganz genau, allen Maßnahmen zustimmen, die notwendig sind im Klasseninteresse der Bourgeoisie.

Und wenn der „Vorwärts" vom 10. Juli schreibt, ein Block der „Privatwirtschaft", der Kapitalisten und Agrarier, aufgebaut auf dem Raub des Achtstundentages und neuer Hochschutzpolitik, bedeutet das Ende der Verständigungspolitik, so ist dies insofern wahr, daß das Kapital um eine Verständigung mit seinen Lakaien nicht bitten braucht. Dieselben sind auf Gedeih und Verderb mit der Bourgeoisie verbunden und müssen, wenn auch schreiend, fluchend, manchmal auch bittend hinter den Wagen des Kapitals herhaufen, damit, falls man sie notwendig braucht, sie sofort zur Stelle sind.

Fürs revolutionäre Proletariat ist der Weg klar ersichtlich. Die kommende Depression, deren Anfangsstadium wir jetzt erleben, wird unsere Klassengenossen aufpeitschen müssen. Die kommenden Rebellionen, die man wohl laut Gesetz verbieten kann, damit aber nicht verhindert, müssen zu revolutionären Kämpfen gestalten werden durch das revolutionäre Proletariat. Um die wirtschaftliche und politische Macht, um die Diktatur des Proletariats ausgetbt durch seine revolutionären Räte, muß und kann es nur gehen.

Alle anderen sogenannten Lösungen sind Utopisterei, sind trügerische Hoffnungen und verlängern den Leidensweg des Proletariats ins Unendliche.

Der brutalen Offensive des Kapitals muß das Proletariat seine ebenso brutale Offensive ent

ein Vergehen im Sinne des alten wilhelminischen Preßgesetzes nicht vorliegt. Soweit ist die Demokratie zum glücklich gekommen. Und es ist bezeichnend, daß im gesamten deutschen Blätterwalde nicht ein Blatt den Mut zur Sprache fand bis auf die — „Kreuzzeitung"; ausgerechnet diese Mumie begann zu krächzen. Sonst fand sich der Verein Berliner Presse, der scheinbar nur im Arrangieren von Tanzbällen Leben bezeigt, nicht einmal zum lahmsten Protest zusammen. Da lob ich mir mein faschistisch „diktiertes" Italien . . .!

Die Diktatur des Kapitals beginnt sich zu enthüllen. Nicht das „Ende der Pressefreiheit" erscheint uns wesentlich. Wir haben nie entdecken können, worin diese Freiheit bestand für Zeitungen, die wirklich von ihr Gebrauch machen wollten. Kann es für die Todfeinde des kapitalistischen Systems in diesem System überhaupt Freiheiten geben? Wir wissen, daß der Kampf der Geister ein Machtkampf ist, in dem die Gewalt den Ausschlag geben wird. Wir wundern uns nicht, wenn in diesem Kampfe Machtmittel an die Stelle von Argumenten treten. Die Freiheit der Presse ist in einem Lande, in dem ein einziger Konzern die gesamte Papierfabrikation kontrolliert, eine ebenso platte Phrase, zur Verdummung der Kleinbürger bestimmt, wie das Recht auf Arbeit, die Gewissensfreiheit oder die Gleichheit aller vor dem Gesetz. In Wirklichkeit haben sie alle niemals bestanden. Aber sie gehörten zum Inventar der bürgerlichen Diktatur wie Perücke und Schminke zum Schauspieler. Ebensowenig durfte die Bourgeoisie ihr natürliches Gesicht zeigen, denn sie durfte die „demokratischen" Illusionen nicht zerstören. Wenn jetzt der falsche Bart zu Boden fliegt und das nackte Gesicht der Diktatur erscheint, so hat das seine tiefe Bedeutung. Die Situation ist reif, das Kapital braucht keine Illusionen mehr. Der Kampf gegen das Proletariat beginnt offen und brutal, ohne Phrasen. Und das ist zu begrüßen. Hoffentlich schreitet die Demaskierung fort. Die heute noch gläubigen Massen müssen den Feind erst in seiner ganzen widrigen Nacktheit sehen. Erst dann werden sie die Notwendigkeit des Kampfes begreifen.

Moskaus Wiedervereinigung mit Amsterdam

Der V. Weltkongreß der Komintern zur Gewerkschaftsfrage

Die Gewerkschaften sind schlimmer
als die Orgesch.
(Sinowjew auf dem USP.-Parteitag
1920 in Halle).

Ein großer Teil der KPD.-Mitglieder wird mit Spannung zur Tagung nach Moskau blicken oder geblickt haben. Ein großer Teil glaubt doch noch immer, daß die Führer der einzelnen kommunistischen Parteien in den verschiedensten Ländern die Unmöglichkeit der Gewerkschaftseroberung einsehen werden und im Interesse der Weltrevolution, des Kommunismus, den als falsch erkannten Weg ebenso wie schon die breiten Massen, wenn auch diese mehr instinktiv, ablehnen werden. Doch mit Abscheu müssen die Proletarier, der KPD. besonders, feststellen, daß nicht nur die Eroberung gepredigt werden soll, sondern, daß man sogar die offizielle Wiedervereinigung mit den Amsterdamern erstrebt. Der Frankfurter Parteitag der KPD. hat auch schon im Auftrage der Exekutive der III. Internationale den Beschluß gefaßt, jedes Parteimitglied muß Mitglied einer Gewerkschaft sein, doch kehrten sich wenige daran. Im Gegenteil, die „linken" Führer mußten der Erbitterung der Mitglieder Rechnung tragen. Jetzt aber auf dem V. Weltkongreß der Komintern läßt man offen die Marken fallen und klar ersichtlich für jeden Proletarier ist, daß die an erstrebende Wiedervereinigung mit dem Amsterdamern den russischen Staatsnotwendigkeiten entspricht, nämlich Verhinderung aller schweren Erschütterungen des Kapitalismus durch revolutionäre Erhebungen, da dies sich als Notwendigkeit für den mühsam begonnenen russischen kapitalistischen Aufbau erweist.

Die Hoffnungen vieler Proletarier der KPD., die sie auf „ihre linke" Führung setzten, sind schmählich zusammengebrochen. Wiedermal müssen sie, wenn sie kritisch zu dem Wechsel der Führung-Stellung nehmen erkennen, daß sich nichts geändert hat. Es kann sich nämlich auch nichts ändern in der III. Internationale, da dieselbe ja nur ein außenpolitisches Machtinstrument des Sowjetunion, d. h. das erste rein kapitalistisch entwickelnden Rußlands ist. Rücksichtsloser Bruch ist hier die erste Voraussetzung um im revolutionären Sinne vorwärts zu kommen. Jede Opposition der Proletarier zerbricht an den vielen Wellenbrechern des bürokratischen Systems und was dann bis nach Moskau kommt muß kuschen und hat bisher gekuscht, da ja die Bolschewiki die einzelnen Sektionen in der Hand haben. Dies müssen die Proletarier in harter Selbstkritik erkennen und auch die organisatorischen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Die Frage der Revolution, des Kommunismus steht auf der Tagesordnung und nicht Amsterdam und Moskau zu vereinigen, sondern beide müssen zerschlagen werden, wenn das Proletariat siegen soll über die bürgerliche kapitalistische Welt.

Lassen wir Auszüge aus den Reden über die Gewerkschaftsfrage folgen. Am 5. Juli referierte in der Vormittagssitzung Losowski, der geistige Inspirator in der Roten Gewerkschaftsinternationale. Er sagte: „Das Hauptmerkmal der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß der Rückzug der Arbeiterklasse eingestellt wurde und in manchen Ländern bereits sogar die Gegenoffensive des Proletariats auf wirtschaftlichem Gebiet zu beachten sei. Die Spitzen der Amsterdamer Internationale erwiesen sich als politische und wirtschaftliche Streikbrecherorganisationen der Bourgeoisie, weshalb die Unzufriedenheit der Massen gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie wächst. Das Hauptproblem ist, die gewerkschaftliche Einheit zu bewahren, beziehungsweise wiederherzustellen. Eroberung der Gewerkschaften bedeute keineswegs die Eroberung der gewerkschaftlichen Apparate, sondern die Eroberung der Massen. Deshalb sei der Austritt keine revolutionäre Aktivität, sondern ein Verzweiflungsakt. Die letzte Zeit vor dem Frankfurter Parteitag habe die KPD. keine gewerkschaftliche Politik besessen. Die Austrittsbewegung sei eine Desertation von Kämpfern gewesen. Gegenwärtig lasse die Hauptlosung: Zurück in die Gewerkschaften und Kampf um die gewerkschaftliche Einheit.

Worauf Heckert im ersten Korreferat folgendes sagte:

„Der allgemeine Rückzug der Arbeiterklasse ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Offensive des Kapitals hatte noch an und das Sachverständigengutachten wird zu einer Fortsetzung dieser Offensive. Es ist zweifelhaft, ob die deutschen Arbeiter den Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung werden abwehren können. Der Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung werden sich international auswirken. Die deutsche Arbeiterklasse kann zu einem Weltstreikbrecher werden.

Während der Inflationsperiode und der allgemeinen Erwerbslosigkeit brachten die deutschen Gewerkschaften zusammen. Durch den Verrat der gewerkschaftlichen Bürokratie entstanden die Spaltungstendenzen und die Verfolgung und Ausschließe der Kommunisten seitens des ADGB. führten zur Austrittsbewegung.

Heckert ist bezüglich der Richtigkeit der Taktik des 2. Kongresses betreffs Betriebszellenarbeit mit Losowski einverstanden und spricht die Hoffnung aus auf baldige Wiedereroberung der verlorenen Position, doch dürfe die Politik der RGI. nicht auf Linkeschwenkungen der Amsterdamer aufgebaut werden.

Das zweite Korreferat hielt Schumacher, und zwar nicht im Namen der KPD.-Delegation, sondern nur im eigenen Namen. Seine Rede ist äußerst geklärt wiedergegeben. Wir lassen den Bericht über seine Ausführungen ganz, d. h. soweit sie veröffentlicht sind von der KPD. folgen.

„Die Entwicklung der Gewerkschaftsfrage in der KPD. unrichtig schildernd, versuchte der Redner zu beweisen, daß die KPD. von dem Frankfurter Parteitag für die sofortige Bildung von Industrieverbänden eingetreten sei. Selbst der Frankfurter Beschlüsse ließen die Bildung von Industrieverbänden zu. Da die Eroberung der Gewerkschaften unmöglich sei, da die Gewerkschaften die Arbeiterkämpfe sabotieren, da der ADGB. die Kommunisten ausschließt, wäre es gegenwärtig richtig, die Ausgeschlossenen und Unorganisierten in Industrieverbänden zu organisieren, wobei die Parteimitglieder bis zum Ausschluß in den alten Verbänden verbleiben können. Mit Losowski, Tomski und Heckert polemisierend, vertritt der Redner die Auffassung, daß die Industrieverbände schon jetzt organisiert werden müssen. Es sei ein Fehler, daß die KPD. die Industrieverbände bekämpft. Mit Unterstützung der KPD. hätten die Industrieverbände große Fortschritte gemacht."

In der Diskussion sprach Seelig (Deutschland) als erster und erklärte: „Die Offensive des Kapitals sei nicht stehen geblieben und Deutschland befinde sich sogar am Vorabend einer Verschärfung der Lage. Die Losung Schumachers: „Heraus aus den Gewerkschaften" sei äußerst gefährlich. Es sei notwendig, energische Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zwecks Revolutionierung der Massen zu leisten."

Dann sprach nach etlichen anderen Rednern Sinowjew. Er erklärt, daß die Notwendigkeit härterer Auseinandersetzung in der Gewerkschaftsfrage bestehe. Es schließt die Gewerkschaftsfrage, Seit 1920 haben wiederholt politische Spaltungen mit den Menschewiki, dagegen nie eine Spaltung in den Gewerkschaften stattgefunden. Auch nach dem Umsturz habe die Partei nichts zur Spaltung der Gewerkschaften unternommen. Die Spaltungstheorie Schumachers bedeutet nicht Bolschewisierung, sondern Menschewisierung der Partei. Die Einheit der Gewerkschaften bildet einen der wichtigsten Bestandteile des Bolschewismus. Die Gewerkschaften bilden einen Sammelpunkt des Proletariats. Wir müssen dort hinein. Neue Formen der Arbeiterbewegung lassen sich nicht erfinden. Lenin lehrte, die Gewerkschaftsbewegung sei eine gegebene historische Form der Massenbewegung, die auch, während der Diktatur in der Organisierung der Produktion und der Roten Armee eine große Rolle spielt. Leninismus besteht in der Vereinigung des unverfälschten Marxismus mit den Massenorganisationen des Proletariats. Je näher die proletarischen Revolution rücke, desto mehr trachten die Sozialdemokratie die Gewerkschaften zu spalten, damit die Diktatur bloß die Scherben der Gewerkschaften erhält. Schumacher macht objektiv eine Arbeit für die Reformistenbande. Die Ausschließung aus den Gewerkschaften bildet kein Argument gegen die Einheit. Die Sozialdemokraten schließen uns aus, weil sie uns fürchten. Die deutsche Partei müsse volle Klarheit in der Gewerkschaftsfrage besitzen. Statt dessen ringen die deutschen Genossen noch mit sich selbst. Fehler in der Gewerkschaftsfrage können verhängnisvoll werden. Die deutsche Partei kann nicht mehr lange die Schumacher-Taktik ertragen. Die Unorganisierten müsse man zusammenfassen, um ihnen zu sagen: „Zurück in die Gewerkschaften!"

Wer dies nicht versteht, ist ein revolutionärer Schwätzer. Schumachers Losung: Heraus aus den Gewerkschaften bedeutet heraus aus der modernen Arbeiterbewegung.

Nach etlichen anderen Rednern sprach Ruth Fischer und betonte ost, daß Schumacher nicht im Namen der Partei gesprochen habe. Dann schilderte sie als Rednerin die nach dem Cuno-Streik erfolgte tiefe Spaltung der deutschen Arbeiterschaft. Die Massen beschuldigen unmittelbar die Vertreter der Linken in den Betrieben wegen ihrer gedrückten Lage. Es war die Stimmung der deutschen Arbeiter, daß die Idee der Gründung neuer Gewerkschaften aufwarf, was also keine Erfindung, sondern Massenstimmung sei. Die Partei habe mit eiserner Energie gegen den Austritt aus den Gewerkschaften, gegen diese Stimmung gekämpft.

Ohne gründliche Vorbereitung in den Massen können konkrete Schritte zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit nicht gemacht werden, da die Massen letztere nicht verstehen würden.

Die KPD. muß mit den Schumachereien fertig werden.

Der Antrag Schumacher auf dem Kongreß bedeute einen klaglichen und feigen Rückzug, indem er nicht den sofortigen Austritt aus den Gewerkschaften, nicht die sofortige Bildung von Industrieverbänden verschlug. Schumacher will nur Gewerkschaftler und dann Parteimitglied, und habe offen und heimlich die gewerkschaftliche Politik der KPD. sabotiert. Es bestehe keine Gefahr gegen derartige Tendenzen stark Stellung nehmen. Der größte Fehler wird die revolutionäre Entwicklung zur Diktatur des Proletariats hemmen. Es gelte, sofortige Einleitung einer Aktion zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit wäre im gegenwärtigen Moment in nationalen und internationalen Maßstabe schädlich. Die englische Linksbewegung sei nicht reif genug, man müsse abwarten, bis sie sich herausbildet. Die Massen müssen mit an die Möglichkeit, die Gewerkschaftsbewegung in nationalen und internationalen Maßstab zu verstehen. Ein Herantreten an die Spitzen der Gewerkschaften wäre für die Massen unverständlich. Mit dieser Massenstimmung müssen gerechnet werden. Der linke Flügel der Amsterdamer werde unerfüllbare Bedingungen stellen. Die revolutionäre Einheitsfrontaktik wie der Einheitsgewerkschaftsbund formalisiert, habe nicht genug die Massen durchdrungen. Um opportunistischen Gefahren vorzubeugen, lehnt die deutsche Delegation sofortige konkrete Schritte in der Frage der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit ab, dagegen könne die Sinowjew-Rede nach gründlicher Vorbereitung als Grundlage dienen.

Im Schlußwort erkennt Schulze an, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften ihre Pflicht tun müssen, daß aber die Unorganisierten und Ausgeschlossenen in Industrieverbände zusammengefaßt werden müssen. Der Redner sieht in Losowskis Antrag an die Spitzen von Amsterdam mit dem Vorschlag über die Vereinigung beider Gewerkschaftsinternationalen Liquidierungstendenzen. Falls der Kongreß gegen Schumachers Taktik entscheidet, wird Schumacher sich dem Kampfgroßbeschluß unterwerfen. (Was wird er dann mit seinen Schneiderverband machen? Ebenfalls Kaiser mit seinen Bauarbeitern? D. Red.)

Herzog führt im Schlußwort aus, daß die Krankheit der Schumacherrichtung nur auf Berlin beschränkt sei. Die KPD. lehne scharf diese Richtung ab. Die Schwankungen in der KPD. in der Gewerkschaftsfrage sei erklärlich, da manchmal selbst die Profitlern schwankte. Sinowjew habe auf dem vierten Kongreß die Parallelorganisationen nicht genügend energisch bekämpft. Was das Herantreten an Amsterdam zwecks Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung anbelangt, warnt der Redner vor voreiligen Schritten. Das schlimmste Marxismus wäre Vorbereitung von weniger schlechte Folgen gehabt. Deshalb sei die gründliche Vorbereitung dieser Aktion notwendig.

Im Schlußwort polemisiert Losowski gegen alle Vorredner und stellt ausdrücklich fest, daß die Generalloffensive des Kapitals im Weltmaßstab zum Stillstand gekommen sei. Die Schumacher-Richtung in der KPD. ist eine große Gefahr. Schumacher organisierte die Spaltung, was absolut parteischädigend ist. Seine Tendenz ist keine kommunistische, sondern eine anarchistische. Die Gefahr steigert sich, daß infolge dieser Erscheinung sich International bemerkbar macht. Es sei nur eine Legende, wie hätte der Redner je für Spaltung Stellung genommen. Diesbezüglich wäre er Ruth Fischer im Irrtum. Der Standpunkt Sinowjews in der Gewerkschaftsfrage sei im Brief an den Frankfurter Parteitag scharf formuliert worden, weshalb die Behauptung Sterzogs ganz haltlos sei. In Deutschland war die Stimmung für den Austritt und für die Spaltung. Der größte Fehler war, daß einige Kommunisten für diese Massenstimmung eine Theorie schufen.

Die Eroberung der Gewerkschaften bedeutet Eroberung der Massen und nicht der Apparate.

Deshalb sei es nicht genug, in den Gewerkschaften zu bleiben, sondern man müsse dort auch arbeiten. Die KPD. müsse Spaltungstendenzen und die Bildung selbständiger Organisationen noch energischer bekämpfen. Gute Kommunisten verlassen nicht die Gewerkschaften. Es sei lächerlich, wenn manche Vorredner Losowski der Liquidierungstendenzen in der RGI. beschuldigten. Worum handelt es sich?

Wir sind bereit, Amsterdam vorzuschlagen, daß eine paritätische Kommission aus den Vertretern beider Gewerkschaftsinternationalen einen internationalen Vereinigungskongreß einberuft.

Wir haben den Bericht so ausführlich herausgeschält, damit unsere Genossen mit den Mitgliedern der KPD. die Diskussion fruchtbringend gestalten können; denn daß die Proletarier der KPD. sich wie eine Wäre hin- und herwerfen lassen von ihren Führern, die dabei ganz Kaufleute sind und die stets sich ducken à la Schumacher, glauben wir nicht mehr. Dann wird ja auch die Geschichte des Leninismus, d. h. die Anbetung seiner Leiche und stupide Befolgung seiner mal gesprochenen Worte, die stets nach der Machtergreifung der Bolschewiki nur vom russischen Interesse bestimmt waren, überwinden. Je eher sich die Erkenntnis durchringt, daß Rußland keine westeuropäische Revolution gebrauchen kann, desto eher und desto gründlicher wird die revolutionäre Entwicklung zur Diktatur des Proletariats führen, angeführt von den revolutionären Räte, die sich auf die revolutionären Betriebsorganisationen, aufgebaut nach dem Rätepriznip, von unten auf, stützen muß.

Die Gewerkschaften waren geschichtlich bedingte Formen und sind jetzt historisch überlebte Gebilde, während die Betriebsorganisationen im revolutionären Kampf entstanden sind und die Zukunft, den Umsturz der alten und den Aufbau der neuen Welt, bedeuten. Auf dem Kongreß selbst wird noch insgesamt eingegangen.

In München soll die „Großdeutsche Zeitung", nachdem diese vor kurzem ihr Erscheinen einstellte, jetzt Konkurs angemeldet haben.

In Mecklenburg ist die „Welt-Tribüne", das Organ der KPD., auf vier Wochen verboten worden.

Sozialpatriotismus und der Krieg

Zwischen dem internationalen Kongreß 1907 in Stuttgart und 1914 zeigte sich innerhalb der II. Internationale eine starke Hinneigung zum Sozialpatriotismus. Sein Programm wurde bereits auf dem Kongreß in Stuttgart von einigen Rednern in dürren Worten angedeutet; allein es kommt ja nicht auf die exakte Formulierung eines Programms an, und um ein Wort Marxens zu variieren — ein einziger Rückschritt der wirklichen Bewegung sagt mehr, als Dutzende von Programmen. Stuttgart vollzog diesen Rückschritt durch das offizielle Durchringen des Sozialpatriotismus. Die sich hier breitmachende und selbst von Vandervelde und Adler kräftig verwiesene vulgär-chauvinistische Auffassung, wirkte als ein Auftakt, der die Geister von jeder Zurückhaltung befreite und den wahren Gefühlen zum Durchbruch vernalf. Die englische Independent Labour Party hatte durch ihren Sprecher, Ruffle-Smith, die Gelegenheit wahrgenommen, der englischen Bourgeoisie und dem englischen Militär den Hof zu machen. Da bei den Engländern bekanntlich alles ganz anders ist wie anderswo, müssen sie, sowohl die deutsche wie die französische Resolution ablehnen: „Die englische Sozialdemokratie kann im Kampfe gegen den Krieg unter keinen Umständen über die friedliche Aktion im Parlament und die friedliche Aktion in den Versammlungen und auf der ganzen Linie hinaus gehen. Die englischen Sozialdemokraten wirken bei einem neuen Kriege einfach genau so handeln, wie während des Transvaalkrieges. Sie lehnen es ab, etwas Gewaltsames zu inszenieren und sich dadurch lächerlich zu machen. Die allgemeine Wehrpflichtverfassung würde ein Fortschritt sein, wenn das Volk bereits militarisiert ist. Bei uns würde ein Rückschritt sein, weil unsere Bourgeoisie, die klüger ist als alle anderen, in unserer Arbeiterschaft jetzt eine Agitation für die allgemeine Wehrpflicht entfaltet. Daher müssen wir der Resolution auf das Entschiedenste entgegentreten. Weiter aber: die englischen Soldaten schießen nicht auf's Volk. Das hat sich deutlich gezeigt bei den Straßenunruhen in Belfast, wo an bei den Soldaten jeder Schuß fiel, davon aber zwei nicht auf Seiten der Streikenden. Diese Zahl beweist, daß in England nicht auf das Volk, sondern in die Luft geschossen wird. Die englische Arbeiterpartei erlaubt uns, über diese Frage in gefahrloseter Weise zu sprechen. Wir müssen daher die Resolutionen sämtlich im Interesse Englands durch ein Amendement gegen die allgemeine Volksbewaffnung ergänzen. Die Art der Standpunkt der Independent Labour Party."

Da ist so Vieles der Gipfel der Bestialität und illustriert das auftretenden Sozialpatriotismus mit am besten: was über die friedliche Aktion hinausgeht, brandmarkt man als lächerlich. Der Italiener Costa erklärte gar in kleinbürgerlich-bornierter Weise: „Wenn ganz unverhüllt: Wenn wir auch nicht Patrioten im bürgerlichen Sinne sind, so doch im besten sozialistischen Sinne. Wir können und wollen nicht auf die schönen und erhabenen Kunstschätze der Heimat verzichten."

Um den umsichgreifenden Patriotismus innerhalb der II. Internationale mit den traditionellen sozialdemokratischen Forderungen in Einklang zu bringen, war es notwendig, daß Lenin, der auf dem Kongreß alle internationalen Kundgebungen sich in politischer Hinsicht vorzugen in der Richtung des geringsten Widerstandes bewegen, und diesen Zwecke entsprechen ausgezeichnet die alten Phrasen des demokratischen Pazifismus. Diese setzten sich auch auf dem internationalen Kongreß zu Kopenhagen 1910 durch. Sein Beschluß appelliert an die sozialistischen Vertreter in den Parlamenten einzutreten für internationale Schiedsgerichte, allgemeine Abrüstung, Abschaffung der geheimen Diplomatie und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Ereignisse jedoch gestatten nicht ein so vorsichtig-diplomatisches Umgehen der Kernfragen. Die internationale Frage gestaltete sich immer kritischer; der Balkankrieg enthüllte die Größe der Gefahr, nur eben die Qualität der Gefahr blieb der Internationale verborgen. Der Imperialismus, der sich in radikalen Nationalismus kleidete, brachte es mit sich, daß die hinter dem Balkanconflikt stehenden Großmächte, in erster Reihe Rußland und Oesterreich, sich gegenseitig maßlose Eroberungspacht beschuldigten; die Anklage des Pangermanismus auf der einen, die des Panslavismus auf der anderen Seite, wurde immer lauter und gleichzeitig die beiderseitige Betonung des eigenen Rechtes auf einen „Platz an der Sonne". Dem lauten Drange konnte auch die deutsche Sozialdemokratie nicht widerstehen: Der Kampf gegen das despotische Rußland und für die europäische Kultur wurden die Argumente, durch welche das patriotische Element ihren Schaffen überstrickt und das soziale unsomehr herausgekehrt werden konnte. In dieser Stimmung trat der außerordentliche Sozialistenkongreß zu Basel am 24. November 1912 zusammen. Der einzige Punkt seiner Tagesordnung lautete: „Die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen den Krieg." Das Motto des Kongresses ist: „Krieg dem Kriege!" Im Namen des internationalen sozialistischen Büros gibt Anseele folgende Erklärung ab:

„Die Ereignisse der letzten Zeit haben sich überstürzt und die ganze Welt überrascht. Bei dem Proletariat darf und wird es nicht mehr vorkommen, daß es von den Ereignissen überrascht wird. Wir müssen uns bereit machen zur Defensive gegen die Angriffe der Kapitalsgewalten und zur Offensive für die Ueberwindung des Klassenstaates! (Stürmischer Beifall.) Das Proletariat, das von heute an von allen denkenden Menschen als der Herold des Weltfriedens anerkannt werden muß, fordert den Frieden auf dem Balkan, die republikanische Autonomie der Balkanvölker, die Beseitigung der Bundnisse und der diplomatischen Intriguen, die den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. (Erneuter Beifall.) Oesterreich-Ungarn soll die Balkanvölker nicht um die Früchte ihrer Siege zu bringen versuchen, und wenn Rußland eingreift, wird das russische Proletariat selbst sich auflehnen und das Proletariat der ganzen Welt wird begeistert und bewundernd hinter ihm stehen. (Stürmischer Beifall.) Wir Frankreich und Deutschland hat die Stunde der Verständigung geschlagen. Es darf zwischen Deutschland und Frankreich keinen Krieg mehr geben. (Allgemeines jubelnde Zustimmung.) Der Mittel zur friedlichen Verständigung sind so viele, daß der Weg zu ihr nicht verfehlt werden kann. Großbritannien und Deutschland sollen rüsten, aber nicht im Wettbau der Kriegsschiffe zu einem Kriege hin, sondern Wettbauten, sondern rüsten zur Ueberwindung des Elends und der Unterdrückung. Sie sollen sich zusammenfinden, nicht in dem Wunsche, einander zu schädigen, sondern in der Hebung und Beglückung ihrer Völker. Die Internationale ist stark genug dazu, in diesem Tone den Befehls zu den Machthabern zu sprechen (stürmischer Beifall) und nötigenfalls ihren Worten, die Tat folgen zu lassen. Krieg dem Kriege! Friede der Welt, hoch die Arbeiterinternationale! Stürmischer, sich wiederholender Beifall.) (Kongreßbericht S. 13.) Die Baseler Tagung aber war eine bloße Demonstration und nicht einmal eine ausschließlich proletarische. Der Umzug der Kongreßteilnehmer, in dessen Mitte auf einem reichgeschmückten Wagen in weißen Kleidern die symbolische Friedenskönigin mit Friedenstaube fuhr, während vier Genossen ein großes rotes Buch mit der Inschrift: „Die Waffen nieder!" trugen, die verschiedenen Predigten, darunter die des Baseler Pfarrers im Großmünster, ließen den proletarischen Charakter des Kongresses verschwinden. Solche „Feierlichkeiten" in einem Augenblick, wo der Krieg in vollem Gange und die Gefahr seiner Ausbeutung in greifbarer Nähe gerückt war, stand zu dem Ernst der Situation in grotesken Gegensatz und ist ein Ausdruck dafür, daß nicht den geringsten Eintrag. An schönen und klugen Reden fehlte es ja auch hier nicht, aber die Aktion, die gegen den Krieg verhindern hätte, wurden sollen, kam zu kurz. Zwar wurde auch von dieser sehr viel gesprochen, aber um eine einmütige Kundgebung zu erzielen und untergeordnete Meinungsverschiedenheiten zurückstehen zu lassen, wurde von vornherein festgestellt, daß der Beschluß „allen Nationen die Freiheit lassen und keine zu bestimmten Maßnahmen zwingen werde". Die Resolution selbst fordert die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen. Sie weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder Partei ihre besonderen Aufgabe zu. Im Falle aber die internationale Aktion vollkommen ausgeschaltet, und die Gesamtaktion, aber auch die ganze Verantwortung den einzelnen Landesparteien aufgebürdet. Die Anweisungen, die die Resolution den einzelnen sozialdemokratischen Parteien gibt, sind in einem bemerkenswert negativen Tone gehalten, sie drängt die einzelnen Parteien geradezu in die Defensive. Von allen Rednern war es allein Clara Zetkin, die im Namen der sozialistischen Frauen sprach, die den Zusammenhang zwischen Imperialismus, Krieg und proletarischer Massenaktion klar zum Ausdruck brachte und somit sowohl die Formel, daß die spezielle Antikriegspropaganda in der allgemeinen sozialistischen bereits enthalten sei, wie auch das nebelhafte Gerede über Aktionen gegen den Krieg auf ihren wahren Wert reduzierte. (Siehe Protokoll des Baseler Kongresses 1912.)

Während in der Internationale trotz der widerstreitenden Meinungen über Nationalismus und Imperialismus eine formelle Uebereinstimmung immer wieder zustande gebracht werden konnte, hatte dieses Problem in manchen nationalen Bewegung tiefergreifende Spaltungen mit sich gebracht. Im allerkritischsten Augenblick (14. bis 16. Juli 1914), als der II. Kongreß der Französischen sozialistischen Partei seine Vorbereitungen zum für den 23. August nach Wien einberufenen internationalen Sozialistenkongreß traf, prallten die Meinungen der revolutionären Aktion gegen den Krieg (Generalstreik) und der Gegner scharf aufeinander. Durch Jaures wurde ein Kompromißantrag mit 1619 gegen 1174 Stimmen, bei 83 Enthaltungen angenommen:

„Unter allen, im Interesse der Abwehr und Verhinderung des Krieges anzuwendenden Mitteln und um den Regierungen die Anrufung des Schiedsgerichts aufzuzwingen, erachtet der Kongreß als besonders wirksam, den in allen interessierten Ländern gleichzeitig organisierten Generalstreik wie auch eine volkstümliche Agitation und Aktion unter den aktiveren Formen."

Auch in der englischen Labour Party gab das Kriegsproblem scharfen Auseinandersetzungen zwischen den streikfreundlichen Sozialisten und den Gegnern, die solch eine Aktion als „anarchistisch" bezeichneten Anlaß. Thom Shaw wendete sich gegen den Generalstreik, es sei ein „anarchistischer Vorschlag", man solle sich an das internationale sozialistische Büro wenden und das Mittel „Generalstreik" dem Gedanken des Generalstreiks dermaßen feindlich gesinnt sei, daß es überflüssig sei, darüber noch Untersuchungen anzustellen. Henderson pflichtete Shaw bei. Schließlich wurde ein Vergleich zwischen beiden Richtungen beschlossen, „daß internationale Büro möge im Sinne einer Anregung den Streik im Kriegsfalle untersuchen". Dieser Antrag wurde mit 1 230 000 gegen 155 000 vertretenen Stimmen angenommen.

In Italien kam es zu einem Anlaß der Debatte über die Aktion gegen den Krieg zur Parteispaltung. Der revolutionäre Antrag Mussolini bekam die meisten Stimmen. Die Minderheit (Rechtsreformisten) trat aus und gründete eine neue Partei.

Quellenmaterial: Prof. Karl Grünberg: Der Krieg und die Internationale. Eine Materialensammlung. Verlag G. Hirschfeld, Leipzig. (Sonderdruck des „Grünberg-Archiv.")

(Fortsetzung folgt.)

Die Kapitalsoffensive und unsere Aufgaben

Wer erhalten folgenden Artikel aus dem Mitgliederkreise zur Frage der Taktik und veröffentlichen ihn als Beitrag zur Diskussion in der Mitgliedschaft, da die letzte Mitgliederversammlung keinen Abschluß in dieser Frage gezeitigt hat.

Nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet hat das deutsche Kapital durch die Marx-Stresemann-Regierung kundgetan, daß es sich bengen werde und seinen Verpflichtungen; die es durch Versaille übernommen hatte, nachzukommen gewillt ist, soweit es dazu in der Lage sei. Es sei jedoch vorher seine Lage offiziell durch Sachverständigenkommission als Beauftragte des internationalen Kapitals hat geprüft und erwogen, auf welche Art aus diesem Wirtschaftsgebiet noch etwas herauszuholen ist, d. h., daß die Reparationen getätigt werden können, daß aber auch wiederum darüber hinaus keine erneute Gefahr der Schwutzkonkurrenz entsteht.

Der Plan der Sachverständigen, dieses teuflische Produkt einer Klasse, die ihren geschichtlichen Niedergang in ihren prominentesten Vertretern erkannt hat, ist bekannt und bedeutet in seiner praktischen Anwendung glatt die Versklavung und Niederhaltung eines Volkes, daß man noch in Frage stellen muß, ob 60 Millionen nicht glatt ignoriert (verlegnet) werden können.

Zu diesem neuen Versaille haben nun, von dem zu versklavenden Volk, der größte Teil der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums einschließlich der SPD. ihre Zustimmung gegeben, richtiger gesehen müssen, da ihnen ein anderer Ausweg nicht blieb. An eine neue Kriegführung kann augenblicklich nicht gedacht werden, da ja die Erschöpfung, die durch den Ruhrkrieg hervorgerufen wurde, noch lange nicht überwunden ist, im Gegenteil noch größer wird. Die deutsche Bourgeoisie hat nun durch die Anerkennung des Dawes-Planes die Rolle des Frovogtes für das internationale Kapital übernommen.

Ueber die einzuschlagende Taktik und über die Bedingungen soll auf der Londoner Konferenz noch näheres angegeben werden. In großen Zügen wird der Frovogt die Anordnungen befolgen, doch in der praktischen Anwendung und Durchführung der zu ergreifenden Maßnahmen wird sich der die Peitsche schwingende Frovogt keine Vorschriften machen lassen können; denn die gemeinsame Platform, auf der sich diese Pläne aufbauen, ist das Profitsystem. Die gemeinsame Wurzel des internationalen Kapitals, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die sich daraus ergebende Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, kann also nicht beschädigt werden. Daraus ergibt sich nun für das Kleinbürgertum einschließlich der SPD. als Anhängsel der Bourgeoisie die gemeinsam innenzuhaltende Linie bei der Durchführung des Gutachtens. Wohin dieselbe führt ist leicht zu erkennen bei Betrachtung des zur Verfügung stehenden Wirtschaftskörpers. Derselbe ist schwer krank.

Der Ruhrkrieg hat einen ungeheuren Blutverlust des Wirtschaftskörpers herbeigeführt, welches nach der Zwangsstabilisierung der Währung klar sein Vorhandensein kann. Ungeheuer verarmt ist das deutsche Kapital und aus eigener Kraft ist es als Frovogt nicht imstande, die verlangten Lieferungen zu tätigen. Es soll darum auch Kredite erhalten, wofür man sich die Bahn und Post als Pfand sichert.

Eine Narretei ist es darum von dem Kleinbürgertum, von der SPD. zu sagen, daß die Lasten der Lieferungen auch die Besitzenden treffen sollte, daß hieße mit anderen Worten, daß das Kapital in Deutschland als Bestandteil des internationalen Kapitals auf seinen Profit verzichten sollte im Interesse, wie es so schön heißt, des Volkes und seines Wiederaufbaues. Daß das eine Phrase ist und bleiben wird, wissen SPD. nebst Gewerkschaften als auch das Kapital sehr genau. Der Frovogt kann sich bei der Durchführung seiner übernommenen Aufgabe, wozu er sogar die Zustimmung aller Kleinbürger hat und die ohne ihm nicht leben können, nicht von irgend welchen Wünschen oder Bitten beeinflussen lassen. Rücksichtslos und grausam muß er die Peitsche und auch die Knute schwingen. Vorbereitend hat das Kapital auch schon diese Instrumente geprobt. Die Verlängerung der Arbeitszeit in langwierigen Kämpfen ist ihm schon gelungen. Die politische Knebelung, mit dem Belagerungszustand als Dauerscheinung, ist eine weitere Vorbereitung der in Zukunft zu ergreifenden Unterdrückungen. Das deutsche Kapital muß nun im Interesse seiner Selbsterhaltung alle noch bestehenden Hemmungen, die es nach 1918 anerkennen mußte, die sogenannten „Errungenschaften der Revolution" und auch noch darüber hinaus die schwachen Ansätze der Sozialreform in Zukunft rücksichtslos beseitigen. Die Sprengung der Arbeitsgemeinschaft zeigte dieses Weg auf.

In Zukunft nun wird die Offensive des Kapitals noch schärfere Formen annehmen müssen als bisher. Unter der Begründung, daß dieses im Interesse des „Wiederaufbaues" liegt und die Befreiung vom fremden Joch nur dadurch möglich sei, werden die SPD. und die Gewerkschaften einlenken müssen. Ob offen oder gedeckt ist für die letzteren in gegebenen Moment nur eine Frage des kleineren oder größeren Uebels. In den Produktionsstätten nun, welche zur Durchführung des Gutachtens unbedingt notwendig sind, sowie in den Verkehrsbetrieben, überhaupt überall da, wo geschlichtet werden muß im Interesse des „Wiederaufbaues" muß in Zukunft eiserne Ruhe herrschen. Alle Maßnahmen müssen im Interesse der Möglichkeit stillschweigend befolgt werden. Der Friedenschlichtungsparagraph hat die bestimmte Aufgabe, die „Ruhe" nach außen kund zu tun. Wie steht nun das Proletariat dieser sich von Tag zu Tag verschärfenden Situation

Politische Rundschau

Die Lakaien vorgeschoben

Der Reichskanzler empfing gestern in Anwesenheit des Reichsministers der Finanzen und des Reichswirtschaftsministers die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. Den Gegenstand der Besprechung bildete die Belastung, die dem deutschen Volke durch das Sachverständigengutachten auferlegt wird. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Lasten hin. Von der Reichsregierung wurde ein Ueberblick über den Stand der Arbeiten zur Vorbereitung der Durchführung des Sachverständigengutachtens gegeben. Dabei wurden die Möglichkeiten dargelegt, die in nächster Zeit für die Aufbringung der benötigten Mittel vorhanden sind. Nach wie vor soll alles getan werden, um die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer so ertragreich wie nur irgend möglich zu gestalten.

Vom ADGB. waren beteiligt: Graßmann, Scheffel und Tarnow, vom AfA-Bund Stöhr und Heinig und vom ADB. Falkenberg, während die christlichen Gewerkschaften durch Baltrusch und die Hirsch-Dunckerschen von Lemmers und Schneider vertreten wurden.

Ueber die Verhandlung oder besser gesagt über die wohlwollende Entgegennahme der Wünsche ihrer Lakaien weiß der „Vorwärts" vom 12. Juli noch folgendes zu berichten:

„Die bisherigen Erklärungen der Regierung haben immer mit neue Bedenken bei der Arbeiterschaft hervorgerufen und sie, die „Vertreter" der Arbeiterschaft erlauben sich, die positive Frage an die Regierung zu richten, welche Maßnahme sie vorgesehen habe, um auch den Besitz gemäß seiner Leistungsfähigkeit zu den neuen Lasten heranzuziehen. Dabei verwies man auf die Vorschläge der Sachverständigen, die doch auch eine stärkere Belastung der reicheren Klasse in Deutschland in ihrem Gutachten vorgesehen habe.

Darauf antwortete Luther, der Finanzminister, kurz folgendes: Die Regierung sei bereit eine Verschärfung der Erbschafts- und der Einkommensteuer, soweit Selbsteinschätzung in Frage kommt nebst steuerliche Erfassung der Auslands- sowie Inflationsgewinne zu erwägen zu stehen. Vom Handel, der Industrie und der Landwirtschaft ist nichts zu erwarten, im Gegenteil verlangen und erhalten sie Ceterstundung. Den Traum einer weiteren Erfassung des Besitzes müsse man endgültig fahren lassen."

Damit waren die ehrbaren Bürger entlassen. Sie werden nun, nachdem sie die Sprache wiedergefunden haben, etwas Kinderkonzert mit Holzklapper veranstalten und angesichts der sehr ernsten Lage des Vaterlandes und seiner Gesundung heißt es eben mal, in den sauren Apfel zu beißen, natürlich sind damit nur die Proleten gemeint.

Kaltblütig hat die Regierung, der Vollzugsausschuß der herrschenden Klasse, den Lakaien auch das harmloseste Scheinmanöver nicht gegönnt, weil eben jetzt für derartige Spielereien keine Zeit mehr ist. Dem Proletariat aber sei gesagt, daß es noch nie eine herrschende Klasse gegeben hat, die sich irgend derartige Lasten mit der unterdrückten Klasse teilt. Dieses Phantom der Demokratie, der Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung wird und muß bald aus den Köpfen der Arbeiter verschwinden. Auch hat noch nie die herrschende Klasse wirklich Steuern bezahlt, sondern immer nur dem Schein nach, da ja alle Steuern in den Warenpreis einkalkuliert werden und stets vom Verbraucher, dem Arbeiter bezahlt werden müssen. Die Schlinge um den Hals des Proletariats wird langsam aber sicher zugezogen und die Massenauswanderung nach den Friedhöfen und Urwaldbahnen wird beschleunigt werden.

Seinen ihm zugedachten Untergang kann das Proletariat nur entgehen, wenn es sich endlich aus der Gefolgschaft der Parlamentschwätzer und gewerkschaftlichen Bittgänger löst und durch den Zusammenschluß als Klasse in dem Betriebe selbständig um seine neue, eigene Welt kämpft, und der alten den Todesstoß versetzt.

Germania irredenta!

Anläßlich des fünften Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages lud das Reichstagsgebäude eine Kundgebung gegen die „Schuldlüge" statt. Das geschah am Grabend der „Friedlichen" Note des Stresemann. Die diplomatische Welt Berlins hatte die Möglichkeit, sich von der Aufrichtigkeit der Friedensliebe des „demokratischen" Deutschlands zu überzeugen. Die Heuchelei, die in der Note in Sachen der Militärkontrolle so deutlich zum Ausdruck kam, erhielt die richtige Färbung durch die Rede des Abgeordneten Hoetzsch, die sich mit einer Wut gegen Polen richtete, die die Friedensliebe hell beleuchtete. Der Druck der Westmächte läßt etwas nach und flugs geht es gegen Polen. Die Stimmung in jenen Kreisen erhellt der Schlußsatz der Rede: Germania irredenta! (Unerlöstes Deutschland.)

Jawohl, Germania irredenta! Aber die Erlösung, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt ist erst dann erfolgt, wenn die Arbeiterklasse die gesamte Welt vom Joch des Kapitalismus erlöst, durch den beschleunigten Sturz des zusammenbrechenden kapitalistischen Profitsystems und durch Errichtung der Bedarfswirtschaft. In diesem Sinne versteht die revolutionäre Arbeiterklasse das: Germania irredenta!

Die Sozialminister der Republik

Die Reichsregierung hat beschlossen, am Sonntag, den 3. August 1924, aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns eine Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges zu veranstalten. In Berlin sollen in den Morgenstunden sämtliche öffentlichen und möglichst auch privaten Gebäude halbmast flaggen, die Kriegsgräber geschmückt und alle Kriegsehrungen (Denkmäler, Gedenktafeln usw.) bekränzt werden. Vormittags werden Trauergottesdienste abgehalten. Zwischen 11 und 12 Uhr findet vor dem Reichstagsgebäude eine öffentliche Feier statt. Die Gedenkreden werden die beiden Feldpropste halten. Der Reichspräsident wird in kurzen Worten der Bedeutung des Tages gedenken. Einige Minuten vor 12 Uhr beginnen die Kirchenglocken zu läuten; gleichzeitig wird ein Artilleriesalut abgegeben. Punkt 12 Uhr setzt ein allgemeines, der Trauer um die Kriegsopfer gewidmetes Schweigen von zwei Minuten mit allgemeiner Verkehrsstille ein. Sodann gehen die dort zu hissenden Flaggen, nämlich die schwarz-rot-goldene Reichsfahne und — die Reichskriegsflagge, die jetzt noch Reichsmarineflagge ist, in die Höhe.

Um einen würdigen Verlauf der Gedenkfeier zu gewährleisten, ist es unerläßlich, daß von den Teilnehmern an der Feier alles unterlassen wird, was die Gegensätze im deutschen Volke zu betonen und zu verschärfen geeignet ist. Alle Vereine und Verbände, die gewillt und bereit sind, sich an der Feier zu beteiligen, müssen deshalb auf die Mitnahme ihrer Fahnen verzichten.

Es hatte sich Jarres die Spitzenverbände kommen lassen um ihre Zustimmung und Mitbeteiligung zu erlangen. Selbstverständlich stimmten dieselben in allen Fragen zu und versprachen für rege Beteiligung zu sorgen.

In dieser Feier kommt der ganze Zynismus der Bourgeoisie wieder, das Kleinbürgertum zum Narren zu halten. Die Einsteinfeier, während des Ruhreinbruchs, die Lockvogelpolitik, die Pfaffen- und die völkerbefreiende Sozialdemokratie im Interesse des Valerjaades, des Profits verband, wird bei dieser „republikanischen" Veranstaltung für die neuen bevorstehenden unbarmherzigen Adeslasse am Proletariat öffentlich erneuert und bestätigt. Sie alle wissen, die diesen blöden Rummel dort veranstalten, daß die Tage ihrer Herrschaft gezählt waren, wenn das Volk, das Proletariat nicht alles so schnell vergessen würde. Für sie alle, die Pfaffen, die Ludendörffer und die „roten" monarchistisch-republikanischen Bauchrutscher war der Krieg ein Stahlbad und ohne Nervenzerrüttung kam Noske aus seinen Besuchen aus dem Hauptquartier zurück und seine Kraft war noch so ungeläutert, daß er dem ganzen Proletariat die Knochen im Leibe kaputt schlagen wollte. Zehntausende erschlagener Revolutionäre weisen seinen pazifistisch-republikanischen Weg.

Die zwei Minuten Pause muß das Proletariat richtig deuten. Sie sollen das Schweigen der Lohnklaven für immer andeuten und das Proletariat wird zum Schweigen gebracht werden, wenn es sich nicht von allem befreit, was es an diesen Profitsystem immer und immer wieder fesselt.

Ex-Minister Dr. Zeigner muß brummen

Der frühere sozialdemokratische sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner wurde am 28. März dieses Jahres zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die von Zeigner beantragte Revision wurde nunmehr am 8. Juli verworfen. Damit ist das Urteil rechtskräftig und Zeigner muß seine 3 Jahre hinter schwedische Gardinen.

Wir haben seinerzeit den „Fall Zeigner" und seine grundsätzliche Seite zur Genüge besprochen und können uns heute auf eine kurze Rekapitulation beschränken — Dr. Zeigner war Ministerpräsident der sächsischen „Arbeiterregierung", an der auch die KPD. beteiligt war. Wie im Falle Hermann von der Thüringischen „Arbeiterregierung" war auch in diesem Prozeß das Leitmotiv der Bourgeoisie und ihrer Justizhandlanger, der Welt zu zeigen, daß die Arbeiter und ihre Vertreter vom „Regieren" nichts verstehen. Von dem ungeheuren Staub, den der Prozeß seinerzeit aufwirbelte, blieb kaum ein Körnchen übrig. Zeigner war bekanntlich angeklagt wegen Verbrechen im Amte. Für die Begnadigung von Strafgefangenen soll er Geschenke angenommen haben. Auch Zeigner mußte in seinem Prozeß selbst von seinen Gegnern bestätigt werden, daß seine Amtsführung äußerst korrekt war. Der Fall war ebenfalls bei den Haarm herbeigezogen, weil eine andere Anklagegruppe nicht aufzutreiben war. Aus den vielen zur Anklage erhobenen Fällen — die alle Angehörige der Bourgeoisie betrafen, blieb nur einer übrig, der Fall Brandt. Das Geschenk, eine kleine Geldsumme und eine Gans, wurde nach erfolgter Begnadigung. Wie das Gericht feststellte, hätte diese Begnadigung auch ohne das Geschenk erfolgen können. Außerdem zählt die Begnadigung nach juristischen Begriffen nicht zur Amtshandlung. Schließlich liegt es nach der Verfassung in subjektiven Ermessen des Ministerpräsidenten, ob eine Begnadigung erfolgen kann oder nicht.

Zugleich hatte auch der Staatsanwalt Revision angemeldet, wegen einiger Fälle, in denen selbst das gegen Zeigner eingenommene Gericht zur Freisprechung kam. Der Revision des Staatsanwalts wurde stattgegeben! Die „Arbeiterregierung" wird also nochmals durch die Gossen geschleift und der staunenden Mitwelt offenbart werden, daß es eine andere als schwerindustrielle oder agrarische Regierung nicht geben kann. In dieser Beziehung ist die Bourgeoisie allerdings im Recht. Die Frage der Arbeiterregierung ist eine Frage der Macht. Das Proletariat kann nicht durch dahergelaufene bourgeoise Akademikerexistenzen „regieren" lassen. Es kann nur die Diktatur ausüben durch seine in den Betrieben zustande gekommenen revolutionären Räte, nachdem es nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Macht über die Betriebe sich erkämpft hat und die faulen bestechlichen Köpfe in den Gerichten und allen Amtsstuben zum Teufel gejagt hat.

Massenmörder

Es gibt mal wieder eine Sensation für die bürgerliche Presse im echten, rechten Schauerballadenstil: „In Hannoven, hört es, liebe Leute — lebte ein perverser Mordsmäkjekt." . . . Man könnte von der Geschichte schon eine ganz ausgezeichnete Moritatenballade machen, von dem Mann, der junge Leute hinterlistig in seine Wohnung lockte, sie verführte und ihnen dann nächtlicherweile die Kehle durchschnitt. Um das Nützliche mit dem (für ihn) Angenehmen zu verbinden, hat er nebenbei das Fleisch seiner Opfer verkauft. — Die Geschichte ist wirklich so zugkräftig, daß kein einigermaßen auf Aktivität haltender Bankelsänger sich die Gelegenheit hätte entgehen lassen dürfte — aber! Aber sie würde schließlich bei dem öffentlichen Vortrag um das Beste, um ihre Pointe geradezu, geklirrt werden müssen, denn dieser Händler Haarmann war seit zwei Jahren Polizeispitzel und hat, nach dem amtlichen Bericht „mit gutem Erfolge" gearbeitet. Diese Tätigkeit ermöglichte es der edlen Seele erst, seinem Menschenfleischhandel die große Ausdehnung zu geben. Alle Anzeigen der Hausbewohner, die die Polizei auf das verdächtige Treiben des Haarmann aufmerksam machen wollten, wurden barsch abgewiesen, ein gegen ihn eröffnetes Verfahren wegen Körperverletzung wurde niedergeschlagen. Die Polizei kannte seine kleinen Liebhabereien ja längst. Er war ein beliebter Gesellschaftsmann der hannoverschen Kriminalbeamten. — Nun, Massenmörder hat es zu allen Zeiten gegeben. Immerhin ist es aber ein ganz nettes Glanzlicht dieser Affäre, daß der Herr Oberpräsident, dieser gut funktionierende Polizei, die doch einen solchen Massenmörder Brüderschaft trinkt, als erster Vorgesetzter gilt, Gustav Noske heißt. Und das ist das Nachdenksame der Geschichte.

Natürlich, man wird mal wieder Entrüstung triefen in der bürgerlichen Presse. Jawohl! — Aber — letztlich — was scheidet Gustav Noske eigentlich von diesem Massenmörder? Ach, gewiß, er hat sich seine Hände nicht persönlich schmutzig gemacht. Er hatte dazu ja seine jungen Leute, die Heidenkampfallen à la Leo Schlageter, die erstmalig im Januar 1919 auf den Berliner Proletariat losgelassen wurden. Freilich, sie brauchten ihr Gewerbe nicht heimlich im stillen Kämmerlein zu treiben, wie der Polizeispitzel Haarmann. Horrjoh! Das war ein lustiges Jagen! Und gemeinsam mit den Kameraden prügelte man die Vorwärtsparamentire mit Reitpeitschen vor den Fangschuß schon mehr wie halb tot. Man wollte ja sein Vergnügen nicht für sich allein genießen! — Und Gustav Noske gefiel dieser Betrieb so gut, daß er, seine Werkzeuge sicher, der Arbeiterschaft drohen konnte, er werde ihr die Knochen zerschlagen! — Und er wußte wohl, daß das keine nur rethorische Wendung bleiben würde. Ja, das ist Gustav Noske. Aber was war vor ihm? Schon einmal haben wir hier, in dem Artikel „Staatlich geschehtes Sadismus", die Quellen dieses Sadismus aufgezeigt, der sogern und so leicht da zum Ausbruch kommt, wo er sich nur mit einem Zipfelchen der legalen Macht, der Autorität des kapitalistischen Systems drapieren kann. Der Polizeispitzel Haarmann ist eine der feinen Fadenwurzeln, mit denen der Baum des Kapitalismus aus dem Proletariat das Blut, seinen Nahrungsft zieht. Freilich, diese Wurzel ist parasitär (schmarotzerhaft) entartet und brauchte zu viel für den Aufbau ihres eigenen Zellgewebes. — Vermutet das Gansche hatte sie gern noch mehr ziehen können — wäre es nur dem Baum zugute gekommen. Der benachbarte große Wurzelast leitete von den einzelnen Saugwurzeln aus das Blut vielteilig weiter: Und er ist bis heute noch nicht abgestigt. Er ist nicht parasitär entartet, er ist ein ganz normaler Oberpräsident. Das für dürfte er seine Leute gehörig und ordentlich aufbauen, vom kleinen Gewerkschaftsbeamten zum Oberpräsidenten. Das ist die Geschichte vom Marschallstab im Tornister oder von der freien Bahn des Tüchtigen.

Dieses entartete Wurzelchen wird gekappt werden. Der Baum aber wird, mit seinen normalen Wurzeln, wachsen, blühen und gedeihen, bis sein Nährboden von einer Umwälzung erschüttert wird, die alle seine Wurzelstränge zerreißt. Von der proletarischen Revolution.

Ausland

Streikgesetz in Norwegen

Der norwegische Staatsrat hat beschlossen, dem Stborting die Vorlage betr. Verschärfung von Strafen zur Beschützung der Arbeitswilligen vorzutragen. Mit bis zu 1 Jahr Gefängnis sollen die Personen bestraft werden, die durch Gewalttätigkeiten oder Drohungen andere daran hindern, ihrer Arbeit nachzugehen. Auch solche Leute sollen bestraft werden, die Aufklärung über Personen geben, welche während des Streiks arbeiteten. Gleichfalls beantragt man, Gefängnisstrafen in Anwendung bringen zu dürfen in Fällen, wo es sich um ungesetzmäßige Streiks handelt.

Portugal.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage des portugiesischen Proletariats ist sehr ungünstig, da das Land jetzt von einer starken Krisis erschüttert wird. Die Löhne sind niedrig und der Lebenskostenstandard läßt unter diesen Bedingungen sehr viel zu wünschen übrig. Einige Politiker haben unlängst versucht, in Portugal eine ähnliche Diktatur wie in Italien aufzurichten; doch der freiheitsliebende Geist des portugiesischen Volkes hat die Pläne dieser Dunkelmänner zerschlagen.

Der Portugiesische Arbeiterverband, die Gewerkschaften, zählt 140 000 Mitglieder und hat seine Aktivität jetzt dadurch zu zeigen versucht, daß er die sofortige Sozialisierung des unbenutzten und brachliegenden Grund und Bodens mit Hilfe der Landarbeiter-Organisation fordert. Dadurch, daß diese Länderstrecken in den nächsten sehn Jahren nur für den Anbau von Gemüse (nicht von Wein) benutzt werden sollen, hofft dieser Verband in Verbindung mit der Propaganda des Endziels, der Befreiung der Arbeit vom Privatkapital, die Sympathie der portugiesischen Arbeitermassen zu gewinnen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Lohnherabsetzungen durch die Unternehmer.

Infolge der dort einsetzenden Wirtschaftskrise versuchen bereits einzelne Unternehmergruppen wie z. B. die der Holzindustrie im westlichen Washington eine Herabsetzung der Löhne für Tagelöhner vorzunehmen, die in Zukunft nur 3,40 Dollar täglich erhalten werden. Auch die Löhne der Facharbeiter sollen um 10 v.H. gekürzt werden. Außerdem wird das Gericht verfreitet, daß zahlreiche Betriebe geschlossen werden sollen, um nach einer gewissen Zeitspanne mit bedeutend niedrigeren Löhnen wieder eröffnet zu werden. Man rechnet auf tausende Arbeitslose.

Gleichzeitig wird aus verschiedenen Staaten berichtet, daß sich der Einfluß der revolutionären I. W. W.-s (Industrial Workers of the World) unter den amerikanischen und kanadischen Holzarbeitern immer stärker bemerkbar macht.

Polnische Pressestimme

Der chronische Fleitzgeier

„Kurjer Poznanski" Nr. 156, Posen, den 2. Juli, schreibt unter anderem: „Die ernste Wirtschaftskrise, die Deutschland gegenwärtig durchmacht, findet in Ostpreußen lebhaften Widerhall. Die Betriebe werden einer nach dem andern geschlossen und die Firmen machen Bankerott. Das flache Land keinen Rat. Die Pfändungen sind sehr zahlreich, besonders bei den Kleinen Bauern, in dem Kreise Lötzen gab es im Laufe zweier Wochen über 400 Pfändungen.

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Fritz Weiland, Berlin-Pankow. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

Abonnements-Annahme-Stellen für die RAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ B. Goscinski, Norweger Straße 40, Laden.
Osten: H. Derpa, Samaritter-Straße 38, Stflg. III.
„ K. Herhold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ Warschauer Straße 49.
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl-Voigt, SO, Grünauer Straße 7.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 113.
Centrum: J. Schurl, Brückenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 48.
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kuss, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klump, Junker-Jörk-Straße 36.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Newawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12.
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45.
Rosenthal: Th. Lähnchen, Edelweißstraße 36, II.
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name _____

Ort _____

Straße _____ Nr. _____

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an oder ohne Adressen-Oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O.17, Warschauer Straße 49, zu senden.

5. Jahrg. Nr. 55

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Das neue Ermächtigungsgesetz

Alte zerstörte und neue Illusionen

Am 16. Juli beginnt nun die visbumstrittene Londoner Konferenz. Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, wird man über die ersten Formalitäten noch nicht hinweg sein. Die mehrere Wochen dauernde Konferenz, die das Schicksal Europas in den Händen hat, wird von Krise zu Krise taumeln, bis endlich eine Plattform gefunden ist, die es ermöglicht, den erneuten Versuch einer Lösung des Reparationsproblems zu unternehmen. Ein Versuch, der schon so oft auf internationalen Konferenzen von der Bourgeoisie unternommen wurde und der auch ebenso oft gescheitert ist. Der scheitern mußte und immer wieder scheitern wird, weil eben die Reparationsfrage oder der „Wiederaufbau" im Kapitalismus nicht gelöst werden kann.

Das Freudengeheul, das die deutsche kleinbürgerliche, demokratische Presse nach den französischen Wahlen angestimmt hat, ist jetzt schon merklich abgeflaut. Während noch durch die Besprechung der beiden Menschheitsbeglücker in Chequers, als Mac Donald und Herriot von Herzen zum Herzen sprachen, die Phantasie der Bourgeoisie sich ergehen konnte über die vielen ungeahnten Möglichkeiten, die sich für die demokratische Republik eröffneten, ist man nachher sehr ruhig geworden und verstimmt stellt man fest, daß wohl die beiden Männer sich in ihren Rührungen einig waren, doch dies nicht die Meinung ihrer Nationen sei.

Nicht laut genug konnte die militärische Räumung des Ruhrgebietes, die Abschaffung der Mieuvertträge, die Einlösung an Deutschland als gleichberechtigten Faktoren und die Revision des Versailler Vertrages sowie die internationale Anleihe betont werden. Doch in den wenigen Wochen sind all die kleinbürgerlichen Illusionen zerstört worden und nichts, gar nichts ist übrig geblieben als der nackte Tatbestand, daß die Konferenz die gemeinsame Grundlage für Frankreich und England schaffen soll und wird, das Sachverständigengutachten so zur Durchführung zu bringen, daß England und Frankreich nebst Belgien in ihren nationalen Interessen, sprich Profit, nicht behindert werden.

Die deutsche Republik darf, vertreten durch die Marx-Stresemann-Regierung, ihren Gläubigern geduldig warten und nach dem alle Krisen glücklich überwunden sein wird, mit oder ohne Protest unterschreiben. Die Bekreiungspolitik wird durch die zweite Aera der Erfüllungspolitik eingeleitet und in die Praxis umgesetzt. Die Verhandlungen in London werden in den einzelnen Kommissionen geheim sein. Je nach dem Stand der Ergebnisse werden die einzelnen Kommissionen offizielle Berichte veröffentlichen, woraus sich dann jeder das Beste entnehmen kann. Mit dem Papageiengeschwätz will Mac Donald nichts mehr zu tun haben. Die Schlappe, die er durch seine Fahrt nach Paris als Folge von Chequers erlitten hat, wird ihm wohl eine Warnung für die Zukunft sein.

Während nun in London das internationale Kapital seine letzten Vorbereitungen für seine Sanierung, für seinen „Wiederaufbau" zu treffen versucht, trifft das deutsche Kapital durch seinen Vollzugsausschuß, durch seine Regierung die intensivsten Vorbereitungen, um die innerein politischen und wirtschaftlichen Widerstände zu überwinden.

Zurück zu dem Regime des vorkrieglichen Obrigkeitsstaates ist die Parole. Rücksichtsloseste Anwendung der Gewalt gegenüber den Regungen der Arbeiterschaft. Belagerungszustand in Permanenz. Die Ausnahmebestimmungen, die sich erst noch bei dem Versuch der Durchführung des Dawes-Planes in ihrem ganzen Glorienschein zeigen werden, deuten schon den Weg der „vollendeten Demokratie" an. Die konsequente Durchführung dieser Verordnungen bedingt die Unterdrückung der revolutionären Presse als Willensausdruck des revolutionären Proletariats.

Die Konkurse mehren sich. Betriebsstillegungen sind eine Dauerscheinung der Republik geworden. Abbau der Löhne ebenfalls. Nur ein Viertel der arbeitslosen Sklaven erhält die paar Bettelpfennige Unterstützung. Die Ueberwachung der Firmen durch die Finanzämter durch das Reich und die Senkung des Kohlenpreises um 20 von Hundert im Ruhrgebiet haben die erwartete Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kohle nicht gebracht. Im Ruhrgebiet legt man die Zechen trotzdem still. Ein Teil der Proleten wandert in seiner Verzweiflung aus. Aus allen Teilen der Republik kommen Notschreie des wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

Massenarbeitslosigkeit und Massenelend in stetter Steigerung sind die Merkmale der „Wiederaufbauperiode" des internationalen, des deutschen Kapitals. Dann die Verteuerung der Lebenshaltung durch die erfolgreiche Junkeroffensive mit ihren Schutzzöllen und Getreidezwangswirtschaften.

Der schwerindustrielle „Tag" veröffentlicht wichtige Mitteilungen über die Durchführung des Sachverständigengutachtens. Er schreibt:

1. Die Reichsregierung wird die Gesetze, die zur Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderlich sind, mit demjenigen Maß von Beschleunigung dem Reichstag vorlegen, das die erforderliche Mitwirkung der Organisationskomitees und der Reparationskommission gestattet.

2. Der Reichstag wird im Sinne der schon durch die Annahme der Sachverständigengutachten durch die Reichsregierung vorliegenden endgiltigen Bindung der Reichsregierung an die Annahme des Gutachtens die in Frage kommenden Gesetze (Eisenbahn, Goldbank, Industrieobligationen) annehmen; die Regierung glaubt, eine Mehrheit dafür zu finden. Er wird aber selbstverständlich nicht die Gesetze einseitig in Kraft setzen, ohne daß im voraus die Gewißheit vorliegt, daß die Konnexe und selbstverständlichen Maßnahmen der Gegenseite erfolgen; er kann also z. B. nicht das Gesetz über die Umgestaltung der Eisenbahnen verwirklichen lassen, ohne daß die Ordonnanzen der Rheinlandkommission in bezug auf den Betrieb der Eisenbahnregie zurückgegangen werden.

3. Es wird deshalb voraussichtlich die Form eines Mantelgesetzes gewählt werden, das der Regierung Auftrag und Vollmacht gibt, die angenommenen Gesetze in Kraft treten zu lassen, sobald über die ganze Frage des Sachverständigengutachtens Sicherheit gegeben ist. Die Verordnungen ergehen dann.

4. Mit diesem Instrument in der Hand, d. h. mit den angenommenen Gesetzen und mit dem Auftrag, den das Rahmengesetz umschreibt, wird die Reichsregierung vor die Gegenseite treten, sobald diese unter sich einig geworden ist und mit Deutschland in die notwendigen Verhandlungen eintreten wünscht. Geschieht das schneller, als technisch eine Annahme der Gesetze durch den Reichstag und den Reichsrat möglich ist, oder verzögert sich die erforderliche Stellungnahme der oben bezeichneten fremden Mitwirkenden, so hofft die Regierung, wenigstens die vom Kabinett angenommene Fassung der Gesetze für die Verhandlungen beibringen zu können, um damit ihre Absichten und ihre bona fides (Handeln in guter Absicht) einwandfrei darzulegen.

Das, was wir dem Proletariat seit Monaten sagen, muß jetzt zur Tat werden. Diese obigen Veröffentlichungen bedeuten ein Dauermachtgenußgesetz, bedeutet die brutalste Diktatur. Die „Demokratie" zeigt ihre wahre Fratze und das Proletariat wird zur Stellungnahme gezwungen, entweder mit dieser „Demokratie" sich vollends zusuetechen und zu Boden drücken lassen und zu verrecken oder sich durch seine Diktatur zum Herrn der Geschichte zu machen.

Als Ergänzung die Steigerung der Mieten bis zum Friedenstand im Herbst. So daß die Proleten nicht mehr soviel Rentengeld in die Finger bekommen den ganzen Monat über, als sie für ihre Löcher dem Hauspascha zahlen sollen. Mit Massenexekutionen rechnet ja auch schon der „Vorwärts". Wo die betreffenden Proletarier bleiben sollen, verschweigt er bescheiden. Zerstört sind die Illusionen der Kleinbürgertums und der Bourgeoisie, die sie gemeinsam von der Londoner Konferenz hatten. Zerstört sind aber auch die Illusionen des Proletariats, daß es jemals noch mal im Kapitalismus besser werden könnte. Unerbittlich und grausam geht eine alte Ordnung an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde. Der Profit läßt es nicht mehr zu, daß alle Menschen ernährt werden können.

Trotz genügender Kohlen friert im Winter das Proletariat. Trotz genügender Lebensmittel hungert das Proletariat. Es wird solange frieren und immer wieder hungern, solange es sich nicht vom Kapitalismus und seinen Organisationen befreit. Solange es nicht in seinen eigenen proletarischen, revolutionären Organisationen, in der KAP. und AAU. den Zusammenschluß als Klasse vornimmt und im kühnen Ansturm die alte Welt zerstört und die neue, den Kommunismus, durch seine revolutionären Räte als Träger seiner Diktatur aufrichtet. Das Proletariat muß erkennen, daß der „Kampf" der Gewerkschaften und der SPD. gegen die innerpolitische Reaktion nur ein Scheinkampf sein kann. Wer für den kapitalistischen Wiederaufbau ist, muß dann auch für die kapitalistischen Wiederaufbaumethoden sein. Diese Bilt sich das Kapital von niemanden „gesetzlich" vorschreiben. Da das Kapital seine Lakaien kennt und weiß, daß dieselben nur im Profitsystem ihr Dasein fristen können, geht es jetzt hohnlachend über die Bittgesuche und Proteste der im Jahre 1918 und früher darauf folgenden Jahren sehr bedürftigen Heukerknechte zur Tagesordnung über.

Die Zerstörung der Illusionen in Proletariat bedingt weitere Zerstörung der SPD. und Gewerkschaften. Das Proletariat erkennt immer mehr die Wahrheit der Worte von Karl Liebknecht, daß der Kampf gegen das Kapital ohne gleichzeitigen Kampf gegen die Gewerkschaften ein Unding ist.

Doch eben zählert sich wieder in neu aufgemachter radikaler Pfeife ein neuer Feind des Proletariats, der immer wieder viele Illusionen neu erweckt. Die „linke" Führung der KPD. kommt vom Kongreß der III. Internationale zurück mit der alten, schon so oft gescheiterten und scheiternmüssenden Parole: Zurück in die Gewerkschaften und Eroberung derselben für die Revolution. Diese Parole entspringt den russischen Staatsinteressen, dem kapitalistischen Aufbau Rußlands. Dieser Versuch des Zurückjagens in die Gewerkschaften der sich langsam zur Erkenntnis durchringenden Proletarier muß scheitern, da die Krise in ihrer weiteren Entwicklung immer mehr die Illusionen zerstören wird, daß andere Führer in der alten Rüstung des gewerkschaftlichen Aufbaues einen „konsequenten Kampf" führen können. Die Bekämpfung der alten, jetzt nur wieder neu aufgebrachten Parolen der KPD. ist notwendiger revolutionärer Kampf gegen das Kapital; denn wer die Gewerkschaften stärkt, unterstützt das Kapital. Unwiderruflich muß das Proletariat diese neue Illusion mit ungeheuren Opfern bezahlen. Dies kann es schon heut erkennen und nur verhindern, indem es sich in den Betrieben als Klasse organisiert und unbedingt des Gehorchens von oben, das Bestimmen von unten setzt.

Nur wenn es sich das Programm der KAPD. der streng revolutionären antiparlamentarischen kommunistischen Organisation zu eigen macht, wird es durch seine revolutionären Räte die proletarische Revolution zum Triumph führen können. Wohl erfordert der Kampf um den Kommunismus Opfer, doch sind dieselben dann für die eigene Sache, für den Aufstieg des Proletariats, gebracht, während dieser jetzige revolutte Bürgerkrieg, dieser unheimliche Würgerkrieg seine Opfer zu unsäglichsteiner Rothenlage für Kapital, für den Profit erfordert und in seiner Auswirkung Untergang und Vernichtung bedeutet. Darum fort mit den neuen Illusionen der Gewerkschaftsanbeterung und Zusammenschluß in den Betrieben als Klasse zur Erringung des gesamtmenschlichen Klassenziels, des Kommunismus, der Bedarfswirtschaft.

Die Krise des deutschen Proletariats

Die sog. Kreditkrise beherrscht heute das gesamte deutsche Wirtschaftsleben. Die enorme Verknappung des Geldmarkts führt zu Ausverkäufen im großen Stil. Diese Erscheinung wird vom Handelskapital sowie den Banken mit großer Genugtuung als Beginn des „Preisabbaus" begrüßt. Die Einschränkung der Kreditgebung durch die Reichsbank sollte auch zum Teil diesem Zweck dienen. Es sollte dadurch angeblich die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erreicht werden. Dies wird aber nicht damit erzielt, wenn das Preisniveau des Kleinhandels auf dem Binnenmarkt niedriger wird. Eine Aenderung des Produktionspreises ist aber dadurch nicht eingetreten, sondern allein der Kleinhandel hat mit starkem Substanzverlust Saisonware und sein übermäßig großes Lager abgebaut. Er hat sich flüssig machen müssen, um die entnommenen Waren zu bezahlen, um neue Vorräte für den Winter kaufen zu können. Die Industrie dagegen hat es vorgezogen, die Betriebe stillzulegen, um dadurch Stützungsmaßnahmen der Reichsbank zu erzwingen. Das neue Micumabkommen und der Druck der Reichsbank hat es zwar fertiggebracht, den Preis der Ruhrkohle um 20 v. H. herabzudrücken. Es besteht dadurch die Möglichkeit, eine allgemeine Preisreduktion herbeizuführen. Diese dürfte aber kaum genügen, um eine wesentliche Erleichterung der Ausfuhr zu bringen. Die starke Spanne zwischen den deutschen und den Weltmarktpreisen hat das deutsche Kapital zu verschiedenen Enqueten (Prüfungen) veranlaßt. Man hat festgestellt, daß trotz der erheblich unter dem Weltmarktniveau stehenden Löhne der deutschen Arbeiter die deutsche Produktion enorm teuer arbeitet. Man führt dies auf die Gewohnheit mit der hohen Kalkulation aus der Inflationszeit zurück und verlangt die Rückkehr zur Pfennigberechnung der Friedenszeit. Diese guten Ratschläge sind so dumm, daß man ihre Ausmerzung zu einem